

## Kölner Wahlprüfsteine zum Thema Flucht und Migration 2025

Köln ist überregional bekannt für seine sogenannten „Leuchtturmprojekte in der Flüchtlingsarbeit“, wie z.B. das [Bleiberechtsprogramm](#) oder die Mitgliedschaft im „Bündnis „Städte Sicherer Häfen“. Diese menschenrechtsorientierte Aufnahme- und Integrationspolitik ([Link](#)) – auch als „Kölner Linie“ bezeichnet – gilt es zu erhalten und weiterzuentwickeln. Damit setzt Köln ein Zeichen gegen die zunehmend auf Abschottung und Abschiebung ausgerichtete Politik auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene sowie gegen populistische Stimmungsmache und unsachliche Debatten, etwa die Kriminalisierung von geflüchteten Menschen durch das Narrativ der „irregulären“ Einreise.

[Wir, verschiedene Kölner Organisationen und Initiativen](#) fordern daher im Rahmen der Kommunalwahl 2025 eine klare Position zum Thema Flucht, Migration, Menschenrechte und Solidarität. Dafür haben wir eine Reihe von Wahlprüfsteinen verfasst und die zur Wahl stehenden Oberbürgermeister-Kandidat:innen sowie die zur Wahl antretenden Parteien gebeten, sie zu beantworten.

10 Kölner OB-Kandidat:innen und Parteien haben die 12 Fragen der Kölner Wahlprüfsteine 2025 zum Thema Flucht und Migration beantwortet – ganz herzlichen Dank dafür!  
Ihre 10 Logos sind mit der PDF ihrer Antworten verlinkt:



Berivan Aymaz  
Die GRÜNEN



Markus Greitemann  
CDU



Heiner Kockerbeck  
Die Linke



Volker Görzel  
FDP



Inga Feuser – Gut &  
Klimafreunde



Torsten Burmester  
SPD



Lars Wolfram  
Volt



Hans Mörntter



Roberto Campione  
Kölner  
StadtGesellschaft



Heike Herden  
Partei des  
Fortschritts

Und auf den folgenden Seiten werden jeweils 10 Antworten zu den 12 Fragen gegeben (s. auch [PDF](#)):

Frage 1: Migration als Teil von Köln gestalten .....	2
Frage 2: Aufnahmepolitik weiterentwickeln .....	6
Frage 3: Ausländerbehörde (ABH): Funktionieren und Funktion als Willkommensbehörde.....	11
Frage 4: Bleibeperspektiven schaffen .....	13
Frage 5: Ausbildung und Arbeit ermöglichen.....	16
Frage 6: Spracherwerb fördern .....	20
Frage 7: Kita-Plätze schaffen .....	22
Frage 8: Menschenwürdige Versorgung unterstützen (Gesundheit, Bezahlkarte und Wohnen).....	25
Frage 9: Abschiebungen: Ermessensspielräume und Schutznormen beachten .....	30
Frage 10: Kirchenasyl schützen .....	32
Frage 11: Kommunale Spielräume behalten .....	34
Frage 12: Freiwilliges Engagement fördern.....	36

Alle Antworten zu den einzelnen Fragen gibt es auch unter den folgenden Links: [Frage 1](#) / [Frage 2](#) / [Frage 3](#) / [Frage 4](#) / [Frage 5](#) / [Frage 6](#) / [Frage 7](#) / [Frage 8](#) / [Frage 9](#) / [Frage 10](#) / [Frage 11](#) / [Frage 12](#)



**Frage 1: Migration als Teil von Köln gestalten**

Migration prägt und gestaltet die Stadt Köln schon immer in ihrer Geschichte und wird dies auch in der Zukunft tun, damit Köln als solidarische Millionenstadt fortbesteht.

- a) Was wollen Sie dafür tun, dass Köln weiterhin attraktiv bleibt für Menschen mit internationaler Familiengeschichte? Wie wollen Sie dafür sorgen, dass Menschen – unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus und ihren Ressourcen – Köln bereichern können?
- b) Wie wollen Sie sich dafür einsetzen, dass die Verwaltung sensibel gegenüber Rassismus und Diskriminierung agiert, sich aktiv dagegen einsetzt und dafür die notwendigen Finanzmittel erhält?
- c) Werden Sie die bewährte Struktur des Amtes für Integration und Vielfalt im Dezernat OB behalten?

2025  
**BERIVAN  
 AYMAYZ**  
 Oberbürgermeisterin für Köln

**Berivan Aymaz – Die GRÜNEN**

a) *Damit Köln auch in Zukunft für Menschen mit internationaler Familiengeschichte attraktiv bleibt, setzen wir GRÜNEN und unsere Oberbürgermeisterkandidatin Berivan Aymaz uns für eine offene, solidarische und chancengerechte Stadt ein – unabhängig vom Aufenthaltsstatus. Deshalb stehen wir für eine interkulturelle Öffnung der Stadtverwaltung ein: Kölner Ämter sollen eine echte Willkommensstruktur entwickeln – mit mehrsprachigen Informationen, divers geschultem Personal und einer bürgernahen Servicementalität. Die Personalstruktur der Stadtverwaltung soll dabei auf allen Ebenen, von der Sachbearbeitung bis zur Führungskraft, die vielfältige Gesellschaft Kölns widerspiegeln. Wir GRÜNE fordern die weitere Entwicklung der Ausländerbehörde hin zu einer umfassenden Willkommensbehörde, die Beratung, Orientierung und Begleitung aus einer Hand bietet – insbesondere auch für Menschen in prekären Lebenslagen. Der Zugang zu guter Bildung und Betreuung ist entscheidend für gelingende Teilhabe. Wir investieren deshalb in Kitas, Schulen und Ganztagsangebote, damit alle Kinder gleiche Chancen haben – unabhängig vom sozialen Hintergrund. Auch die Erwachsenenbildung, Sprachförderung und berufliche Qualifizierung wollen wir stärken, um die Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern. Wir fördern gute und sichere Arbeitsplätze in der Stadt, insbesondere in zukunftsfähigen Branchen wie Umwelttechnik, Pflege, Bildung und sozialer Arbeit. Gleichzeitig setzen wir uns für faire Arbeitsbedingungen und eine schnelle Anerkennung ausländischer Abschlüsse ein. Um dem Mangel an bezahlbarem Wohnraum entgegenzuwirken, setzen wir uns für sozialen Wohnungsbau, eine aktive Bodenpolitik und gemeinwohlorientierte Wohnprojekte ein. Die Arbeit vieler Träger und Vereine sowie das Ehrenamt sind das Rückgrat unserer Stadtgesellschaft. Bereits heute engagieren sich viele Menschen mit internationaler Familiengeschichte. Dieses Engagement wollen wir gezielt fördern: durch mehr Räume, Beratung und finanzielle Unterstützung. Köln soll ein Ort sein, an dem alle Menschen, unabhängig von ihrer Herkunft oder ihrem Pass, ihre Potenziale entfalten und die Stadt mitgestalten können.*

b) *Wir GRÜNE und unsere Oberbürgermeisterkandidatin Berivan Aymaz setzen uns klar gegen Rassismus und Diskriminierung ein – in der Stadt und in der Verwaltung. Wir setzen uns dafür ein, dass innerhalb der Verwaltung regelmäßige Schulungen und eine kontinuierliche Sensibilisierung der Mitarbeitenden stattfinden, um diskriminierungsfreies und vorurteilsbewusstes Handeln zu stärken. Die städtische Antidiskriminierungsstelle nach dem AGG (Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz) befindet sich derzeit im Aufbau. Wir begleiten diesen Prozess aktiv, damit Betroffene künftig kompetente Ansprechpersonen und wirksamen Schutz innerhalb der Verwaltung erhalten.*

*Außerhalb der Verwaltung unterstützen wir Initiativen, Träger und beispielsweise die Antidiskriminierungsbüros durch gezielte Förderprogramme, damit Projekte gegen Rassismus, Antisemitismus und andere Formen der Diskriminierung langfristig wirken können. Die dafür notwendigen Mittel haben wir in der Vergangenheit bereits im städtischen Haushalt verankert und setzen uns dafür ein, dass dies so bleibt bzw. der Haushalt weiterhin entsprechend ausgebaut wird!*

c) *Struktur des Amtes für Integration und Vielfalt im Dezernat OB behalten? Ja. Integration und Vielfalt sind Ressourcen übergreifende Themen und für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft von besonderer Bedeutung.*



	<p><b>Markus Greitemann – CDU:</b></p> <p>a) Köln ist von Vielfalt geprägt. Die CDU Köln erkennt Migration als festen Bestandteil der Stadtgeschichte an und setzt dabei auf Integration durch Sprache, Bildung, Arbeit und demokratische Werte. Eine starke Gesellschaft gelingt nur, wenn alle mitwirken können. Deshalb fördern wir gezielt Frauen, Familien und ältere Menschen mit Migrationshintergrund und lehnen Parallelgesellschaften klar ab. Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf der schnellen Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten durch den „Job-Turbo“. Zudem wollen wir die Angebote für EU-Bürgerinnen und -Bürger erweitern sowie Seniorennetzwerke und eine kultursensible Pflege für ältere Migrantinnen und Migranten ausbauen. Auch Sport betrachten wir als wichtiges Mittel der interkulturellen Begegnung. Darüber hinaus unterstützen wir Migrant*innenvereine und spezialisierte Organisationen, die mit ihren Projekten aktiv zur Förderung von Vielfalt und zum Zusammenhalt in unserer Stadt beitragen.</p> <p>b) Rassismus hat in Köln keinen Platz: nicht gestern, nicht heute und nicht morgen. Der Staat muss Vorbild sein und jede Form von Diskriminierung erkennen und bekämpfen. Deshalb will die CDU Köln die Verwaltung diskriminierungssensibler gestalten, Einbürgerungen schneller und bürgernah umsetzen sowie Aufenthaltskontrollen und die Lebenssituation von Asylbewerbern verbessern.</p> <p>c) Das Amt für Integration und Vielfalt bleibt unter CDU-Führung ein zentraler Baustein für ein lebenswertes Köln. Die Verortung im OB-Dezernat zeigt: Integration ist Querschnittsaufgabe, keine Randaufgabe. Statt Parallelstrukturen setzt die CDU auf eine neue Ausrichtung und eine durchdachte Integrationspolitik: klar, verbindlich, zukunftsorientiert.</p>
	<p><b>Heiner Kockerbeck – Die Linke:</b></p> <p>a. Gemeinsam mit allen antirassistischen und migrantischen Vereinen dafür sorgen, dass es keine weiteren sozialen Kürzungen in diesem Bereich gibt!</p> <p>b. Durch hartnäckige, konkrete und inhaltliche Fraktionsarbeit, wie bisher.</p> <p>c. Ja, Aber die/der neue Oberbürgermeister/in entscheidet über die Ämteraufteilung.</p>
	<p><b>Volker Görzel – FDP:</b></p> <p>a) Köln ist Heimat und hat eine 2000-jährige Zuwanderungsgeschichte, die nicht umsonst viel besungen wird. Abseits vom Pathos ist die Multinationalität Kölns und seiner Einwohnerinnen und Einwohner eine Bereicherung für unsere Stadt und im Alltag überall sichtbar. Dennoch sehen wir auch hier noch großen Nachholbedarf. Köln muss seinem Ruf gerecht werden, Menschen verschiedenster Hintergründe eine Heimat bieten zu können und Menschen in die Stadtgesellschaft zu integrieren. Wir streben nach einem weltoffenen und toleranten Köln. Köln bleibt attraktiv, wenn wir Vielfalt leben – durch Bildung, Teilhabe und sichtbare kulturelle Angebote, die allen Menschen offenstehen, unabhängig von ihrem Status oder ihren Ressourcen. Initiativen wie ein regelmäßiges „Fest der Kulturen“ sollen Vielfalt sichtbar machen und zum Mitmachen einladen. Die Förderung von Mehrsprachigkeit von frühester Kindheit an, wie z. B. durch mehrsprachige Kita-Gruppen – damit alle Kinder ihr sprachliches Potenzial entfalten können, ist uns wichtig.</p> <p>b) In unserer Gesellschaft werden Menschen aufgrund ihres äußeren Erscheinungsbildes oder ihrer religiösen Zugehörigkeit immer wieder ausgegrenzt und bedroht. Rechtspopulistische Hetze und verbale Angriffe gefährden das gesellschaftliche Zusammenleben, indem sie im vermeintlichen Namen der Deutschen gegen Minderheiten hetzen. Besonders unsere muslimischen Mitbürgerinnen und Mitbürger sind häufig von fremdenfeindlichen Vorurteilen betroffen, und der Islam wird von Rechtspopulisten als Feindbild instrumentalisiert und rassistisch aufgeladen. Wir tolerieren es nicht, dass Menschen aufgrund ihrer Religion, Herkunft oder ihres Aussehens diskriminiert, angefeindet oder bedroht werden. Die Verwaltung trägt eine Vorbildfunktion – durch dauerhafte, sichtbare Haltung gegenüber Diskriminierung und aktivem Eintreten für Diversität.</p> <p>c) Bewährte Strukturen wie ein zentrales Amt für Integration und Vielfalt sollten erhalten bleiben, solange sie wirksam sind.</p>



	<p><b>Inga Feuser – Gut &amp; Klimafreunde:</b></p> <p>a) Köln attraktiv für Menschen mit internationaler Familiengeschichte erhalten</p> <p>GUT &amp; KLIMA FREUNDE setzen sich klar für ein offenes, vielfältiges Köln ein. Die Vision einer solidarischen Stadtgesellschaft, in der Teilhabe unabhängig vom Aufenthaltsstatus möglich ist, ist zentral. Das Programm fordert konsequenten Antirassismus, Barrierefreiheit, Teilhabe auf Augenhöhe und Anerkennung migrantischer Lebensrealitäten als Bestandteil städtischer Politik.</p> <p>b) Sensible, diskriminierungsfreie Verwaltung</p> <p>Eine rassismus- und diskriminierungssensible Verwaltung hat für uns große Wichtigkeit. Dazu gehören u.a. interkulturelle Öffnung, Diversity-Training, die Stärkung von Antidiskriminierungsstrukturen und eine migrantische Repräsentanz in städtischen Gremien.</p> <p>c) Beibehaltung des Amtes für Integration und Vielfalt</p> <p>Wir unterstützen dezidiert bestehende Strukturen, die Vielfalt stärken. Das Amt für Integration und Vielfalt ist dabei ein wichtiger Akteur, dessen Erhalt und Stärkung im Sinne von GUT &amp; KLIMA FREUNDE ist.</p>
	<p><b>Torsten Burmester – SPD:</b></p> <p>Köln ist seit jeher eine Stadt der Vielfalt. Menschen mit internationaler Familiengeschichte prägen unser Stadtbild, unsere Kultur und unsere Wirtschaft. Diese Vielfalt wollen wir erhalten und ausbauen. Deshalb bekennen wir uns klar zur „Kölner Linie“ einer menschenrechtsorientierten Integrationspolitik. Das Amt für Integration und Vielfalt im Dezernat der Oberbürgermeisterin wird in seiner Struktur erhalten und gestärkt. Wir wollen sicherstellen, dass unsere Verwaltung diskriminierungsfrei arbeitet und aktiv gegen Rassismus vorgeht – mit verpflichtenden Schulungen, einer stärkeren Antidiskriminierungsstelle und klarer Ausstattung mit Personal- und Sachmitteln. Ein diskriminierungsfreier Wohnungsmarkt ist uns besonders wichtig. Wir setzen uns für ein niedrighschwelliges Bewertungssystem ein, das Benachteiligungen sichtbar macht, und bauen Beratungsangebote für Mieterinnen und Vermieterinnen aus, damit Herkunft kein Hindernis bei der Wohnungssuche ist.</p>
	<p><b>Lars Wolfram – Volt:</b></p> <p>a) Auf Volts Initiative hat der Rat die Verwaltung beauftragt, einen International Welcome Desk in Köln einzurichten. Dieser soll als zentrale Anlaufstelle für internationale Fachkräfte und ihre Familien dienen. Beraten wird dort unter anderem zu Themen wie Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis, Anerkennung von Berufs- und Bildungsabschlüssen sowie zum deutschen Sozialversicherungssystem. Auch für Menschen mit Fluchthintergrund und gesichertem Aufenthaltsstatus soll es passende Angebote geben. Darüber hinaus soll der Welcome Desk Familien unterstützen und eng mit Schulämtern, internationalen Schulen und bilingualen Kitas zusammenarbeiten. Zudem informiert er über Weiterbildungsangebote und Sprachkurse. Wir setzen uns weiterhin aktiv für die Umsetzung dieses wichtigen Projekts ein.</p> <p>b) Wir haben verpflichtende Anti-Diskriminierungsschulungen für städtische Mitarbeitende beantragt. Die von Volt initiierten Schulungen für Führungskräfte und Mitarbeitende mit Außenkontakt wollen wir künftig weiter ausbauen und dauerhaft im Haushalt absichern.</p> <p>c) Volt Köln wird sich dafür einsetzen, dass das Amt für Integration und Vielfalt im Dezernat der Oberbürgermeisterin erhalten bleibt.</p>



	<p><b>Hans Mörzter – parteilos:</b></p> <p>„Köln bleibt Stadt des Miteinanders. Migration gehört zu unserer Geschichte und ist unsere Zukunft. Ich verspreche: Als Oberbürgermeister werde ich alles daransetzen, dass Menschenrechte geachtet, Teilhabe ermöglicht und Solidarität gelebt wird. Köln soll weiter Leuchtturm einer humanen Politik sein – gegen Abschottung, gegen Populismus, für Menschlichkeit.“</p> <p>👉 Meine Kernbotschaft:  <b>„Köln bleibt Stadt des Miteinanders. Menschenrechte sind nicht verhandelbar. Migration ist Teil unserer Geschichte und Zukunft – sie macht uns stark. Ich stehe klar gegen Abschottung und für eine Stadt des Bleibens.“</b></p> <p>a) Migration gehört zur DNA Kölns. Ohne die Vielfalt von Menschen mit internationaler Familiengeschichte wäre Köln nicht das, was es ist. Ich werde dafür sorgen, dass Köln ein Ort bleibt, an dem alle Menschen – unabhängig von Herkunft, Aufenthaltsstatus oder finanziellen Mitteln – ihre Fähigkeiten einbringen und die Stadt bereichern können. Das bedeutet für mich: gleiche Chancen beim Zugang zu Wohnen, Bildung, Arbeit und Kultur. Jeder Mensch ist ein Gewinn für unsere Stadt, wenn wir Strukturen schaffen, die Teilhabe ermöglichen.</p> <p>b) Rassismus und Diskriminierung darf in der Verwaltung keinen Platz haben. Ich werde dafür sorgen, dass alle Mitarbeitenden verpflichtende Fortbildungen erhalten, die für strukturelle Diskriminierung sensibilisieren. Außerdem setze ich mich für unabhängige Beschwerdestellen ein und stelle sicher, dass hierfür auch dauerhaft die notwendigen Finanzmittel zur Verfügung stehen.</p> <p>c) Das Amt für Integration und Vielfalt ist ein Herzstück der Kölner Integrationsarbeit. Ich werde diese bewährte Struktur nicht nur erhalten, sondern auch stärken, damit es als Motor für eine vielfältige, offene Stadt weiter wirken kann.</p>
	<p><b>Roberto Campione – Kölner StadtGesellschaft:</b></p> <p>a. Die Kölner StadtGesellschaft bekennt sich zu einem vielfältigen, gerechten und offenen Köln. Alle Menschen sollen unabhängig von Herkunft, Status und Ressourcen Teil der Stadt sein und ihre Umwelt mitgestalten können. Projekte zur Förderung von Inklusion, niedrigschwellige Beteiligung sowie Angebote in Bildung, Wohnen und Freizeit sind zentrale Bausteine</p> <p>b. Die Wählergruppe betont das Ziel einer transparenten, barrierefreien und inklusiven Verwaltung. Beteiligungsgremien, verständliche Informationspolitik und verbindliche Rückmeldefristen fördern eine sensible Verwaltungskultur. Es sollen Programme zur Integration und Antidiskriminierung gestärkt und fortgeführt werden.</p> <p>c. Das Programm hebt die Zusammenarbeit mit bestehenden städtischen und zivilgesellschaftlichen Akteuren hervor. Die Strukturen – wie das Amt für Integration und Vielfalt – werden weiter mitgedacht und unterstützt, da sie für Teilhabe, Beratung und Vielfalt essenziell sind.</p>
	<p><b>Heike Herden – Partei des Fortschritts:</b></p> <p>1 a) Köln soll sich vom ersten Tag an offen und verständlich anfühlen, mit mehrsprachigen Infos, erreichbaren Anlaufstellen und einfachen digitalen Angeboten, die bei Bedarf durch persönliche Unterstützung ergänzt werden. Mir ist wichtig, dass Wege nicht nur auf dem Papier existieren, sondern tatsächlich nutzbar sind. So werden Bildung, Arbeit, Wohnen, politische Beteiligung und der öffentliche Raum für alle praktisch zugänglich.</p> <p>1 b) Eine Stadt ist nur stark, wenn sie Diskriminierung klar benennt und Betroffene schützt. Ich stehe für eine unabhängige Beschwerdestelle, regelmäßige Schulungen in</p>



	<p>der Verwaltung und verlässliche Förderung migrantischer Selbstorganisationen. Ich finde, nur so wachsen Vertrauen und Respekt auf beiden Seiten.</p> <p>1 c) Vielfalt gehört in die Mitte der Stadtverwaltung. Das Amt für Integration und Vielfalt sollte im Dezernat der Oberbürgermeisterin gut ausgestattet sein und als Querschnittsstelle in alle Ämter wirken. Ich möchte, dass dort Impulse gebündelt und in der Praxis spürbar werden.</p>
--	--

## Frage 2: Aufnahmepolitik weiterentwickeln

Es bestehen kommunale Spielräume zur Aufnahme geflüchteter Menschen, zudem können sich Städte und Gemeinden gegenüber Bund und Land für eine großzügige Aufnahmepolitik einsetzen.

- Wie stehen Sie dazu, dass auf Bundesebene Migration als Sicherheitsproblem gesehen wird, das mit Maßnahmen von Abschottung/Begrenzung und Abschreckung (Abschaffung der vermeintlichen „Pull Faktoren“, Zurückweisung an den Grenzen) gelöst werden soll?
- Wie sorgen Sie innerhalb der Kommune dafür, dass die Menschen nicht zur Zielscheibe populistischer Stimmungsmache werden und ein sachlicher Diskurs geführt wird?
- Wie lautet Ihre Position bezüglich der Aufnahme von Schutzsuchenden? Werden Sie sich für Landes- und Bundesaufnahmeprogramme und die Ausweitung der freiwilligen kommunalen Aufnahmen einsetzen?
- Wie werden Sie sich dafür einsetzen, dass Köln eine Stadt des Bleibens wird, deren Ziel Inklusion und nicht Abschiebung ist?

<p style="writing-mode: vertical-rl; transform: rotate(180deg);"> <b>BERIVAN AYMAZ</b>  <small>52025</small>          Oberbürgermeisterin für Köln       </p>	<p><b>Berivan Aymaz – Die GRÜNEN</b></p> <p>a) <i>Wir Kölner GRÜNE lehnen es gemeinsam mit unserer Oberbürgermeisterkandidatin Berivan Aymaz ab, Migration als Sicherheitsproblem zu behandeln. Eine Politik, die auf Abschottung, Abschreckung und die pauschale Stigmatisierung vermeintlicher „Pull-Faktoren“ setzt, löst die Frage nicht, sondern verstärkt Ausgrenzung und Unsicherheit. Wir setzen stattdessen auf eine menschenrechtsbasierte Migrationspolitik, die Integration, Teilhabe und Schutz in den Mittelpunkt stellt. Als GRÜNE stehen wir für eine offene und solidarische Stadtgesellschaft. Köln ist vielfältig – fast jede zweite Person hier hat eine internationale Geschichte. Das ist keine Herausforderung, sondern eine Stärke, die unsere Gesellschaft bereichert und die wir gestalten wollen. In unserem Kommunalwahlprogramm haben wir unsere Ziele klar formuliert: Wir wollen Bleibeperspektiven schaffen, faire Zugänge zu Bildung, Arbeit und Gesundheitsversorgung sichern und Köln als sicheren Hafen stärken.</i></p> <p><i>Gerade in Zeiten, in denen Menschenrechte unter Druck geraten, braucht es Städte wie Köln, die Haltung zeigen – für Schutzsuchende, für die Menschenwürde und für das Recht auf ein gutes Leben, unabhängig von Herkunft oder Pass.</i></p> <p>b) <i>Wir GRÜNE setzen uns gemeinsam mit unserer Oberbürgermeisterkandidatin Berivan Aymaz dafür ein, dass niemand aufgrund seiner Herkunft, Religion oder Lebensweise Ziel populistischer Stimmungsmache wird. Wir stärken eine klare, faktenbasierte Kommunikation der Stadtverwaltung und sorgen dafür, dass Entscheidungen transparent begründet werden. So nehmen wir Unsicherheiten und schaffen Vertrauen.</i></p> <p><i>Wir fördern Orte und Formate, in denen Menschen miteinander ins Gespräch kommen, sei es in Schulen, Bürgerzentren oder auf Stadtteilstellen, und setzen dabei auf Dialog statt Spaltung. Projekte, die Vorurteile abbauen und Begegnung fördern, unterstützen wir gezielt, genauso wie die Arbeit von Antidiskriminierungsstellen. Uns ist wichtig: Köln steht zusammen gegen Hetze. Darum beziehen wir als Stadt bei Angriffen auf einzelne Gruppen klar Position, arbeiten eng mit zivilgesellschaftlichen Initiativen zusammen und unterstützen diejenigen, die sich für Respekt und Zusammenhalt einsetzen.</i></p> <p>c) <i>Wir setzen uns klar dafür ein, dass Köln auch zukünftig Menschen in Not aufnimmt – sei es über Bundes- und Landesaufnahmeprogramme oder durch freiwillige kommunale Aufnahme. Gerade in humanitären Krisen muss Köln als solidarische und handlungsfähige Stadt vorangehen. Für uns ist klar: Schutzsuchende brauchen von Anfang an eine faire Chance auf ein sicheres Leben, eine gute Unterbringung sowie Zugang zu Bildung, Arbeit und medizinischer Versorgung. Köln ist und bleibt ein Sicherer Hafen – wir fordern, dass unsere Stadt unabhängig von staatlichen Kontingenten Geflüchtete aufnimmt. Dies gilt für alle, die vor Krieg, Verfolgung, Gewalt oder Diskriminierung fliehen müssen. Köln bekennt sich zudem klar zur Seenotrettung.</i></p> <p>d) <i>Wir GRÜNE und unsere Oberbürgermeisterkandidatin Berivan Aymaz möchten, dass</i></p>
---	---



	<p><i>Köln eine Stadt des Bleibens ist – ein Ort, an dem Menschen unabhängig von ihrer Herkunft oder ihrem Aufenthaltsstatus Perspektiven aufbauen können. Unser Ziel ist Inklusion statt Abschiebung. Dazu setzen wir uns für sichere Aufenthaltsperspektiven (zum Beispiel das seit 2021 dauerhaft verankerte Programm „Bleiberechtigten“), frühzeitigen Zugang zu Arbeit, Bildung und Sprachkursen sowie eine verlässliche soziale Teilhabe ein. Wo Entscheidungen beim Land oder Bund liegen, drängen wir auf humanere Bleiberechtsregelungen, einen besseren Schutz vor Kettenduldungen und faire Verfahren. In Köln selbst nutzen wir alle rechtlichen Spielräume, um Abschiebungen zu vermeiden und Integration zu fördern (zum Beispiel die Ausländerrechtliche Beratungskommission), damit aus Ankommen ein dauerhaftes Zuhause werden kann!</i></p>
	<p><b>Markus Greitemann – CDU:</b></p> <p>a) Migration ist kein Sicherheitsrisiko. Problematisch wird sie erst, wenn sie unkontrolliert verläuft und dadurch Ordnung und Hilfsbereitschaft unter Druck geraten. Eine verantwortungsvolle Politik braucht klare Regeln und deren konsequente Umsetzung. Daher steht die CDU Köln für die Begrenzung irregulärer Zuwanderung, den Schutz des Asylrechts und die Wahrung des sozialen Friedens.</p> <p>b) Die CDU Köln steht für einen respektvollen, faktenbasierten Diskurs. Pauschale Verurteilungen lehnen wir ab, denn Geflüchtete sind keine Spielbälle. Zugleich muss Kritik an Fehlentwicklungen jederzeit möglich bleiben. Um Vorurteilen und Populismus entgegenzuwirken, setzen wir auf Dialogformate, Integrations- und Nachbarschaftsprojekte sowie die enge Zusammenarbeit mit Zivilgesellschaft, Kirchen und Migrantenorganisationen. So stärken wir das Miteinander und verhindern Spaltung.</p> <p>c) Deutschland trägt eine internationale Verantwortung zum Schutz von Menschen in Not und Köln bekennt sich klar zu dieser humanitären Pflicht. Die CDU Köln befürwortet daher geordnete Aufnahmeprogramme auf Bundes- und Landesebene, insbesondere für besonders schutzbedürftige Gruppen wie Frauen, Kinder sowie Verfolgte aus Kriegs- und Krisengebieten. Jedoch darf humanitäres Engagement nicht zulasten der städtischen Infrastruktur gehen. Die CDU Köln setzt sich daher für rechtsstaatlich fundierte, kommunal abgestimmte und sozial tragfähige Programme ein. Symbolpolitik lehnen wir ab.</p> <p>d) Menschen aus aller Welt haben hier ein neues Zuhause gefunden und unser Stadtbild kulturell, wirtschaftlich und gesellschaftlich mitgeprägt. Die CDU Köln bekennt sich zu dieser gewachsenen Vielfalt. Gleichzeitig betonen wir, dass Migration klare Regeln braucht. Wer bei uns Schutz sucht und hier leben möchte, muss bereit sein, sich einzubringen, die Sprache zu lernen, zu arbeiten, unsere Gesetze zu achten und die freiheitlich demokratische Grundordnung zu respektieren. Wer keine Bleibeperspektive hat, unsere Regeln missachtet oder das Vertrauen des Rechtsstaats verspielt, muss in sein Herkunftsland zurückkehren.</p>
	<p><b>Heiner Kockerbeck – Die Linke:</b></p> <p>a. Lehnen wir ab</p> <p>b. Antirassistische Arbeit steht im Mittelpunkt der Arbeit der Fraktion</p> <p>c. Ja</p> <p>d. Wir werden die bestehenden Möglichkeiten verteidigen und für die Stärkung der Kommunen eintreten, dass sie das Recht haben Menschen selbst aufzunehmen.</p>
	<p><b>Volker Görzel – FDP:</b></p> <p>a) Viele Menschen machen sich Sorgen um Sicherheit und Ordnung – diese Sorgen nehmen wir ernst. Gleichzeitig sehen wir Migration nicht pauschal als Sicherheitsproblem, sondern als eine Realität, die Chancen und Herausforderungen mit sich bringt. Wer nur auf Abschottung, Begrenzung und Abschreckung setzt, greift zu kurz.</p> <p>Für uns ist entscheidend: klare Regeln, schnelle Verfahren und eine faire Unterscheidung zwischen Menschen, die Schutz brauchen, und solchen, die aus anderen Gründen kommen. Ja, wir brauchen sichere Grenzen, aber wir brauchen ebenso legale Wege der Zuwanderung – gerade für den Arbeitsmarkt. Nur so können wir Missbrauch verhindern, Integration gelingen lassen und gleichzeitig Köln als weltoffene Gesellschaft stärken.</p> <p>b) Wir setzen uns gegen jede Form von populistischer und rassistischer Stimmungsmache ein. So nehmen wir auch am Fairnessabkommen der demokratischen Parteien in Köln teil und haben selbstverständlich unterschrieben, dass kein Wahlkampf auf Kosten von Menschen mit Flucht- und Migrationshintergrund geführt werden darf.</p>



	<p>c) Köln ist eine weltoffene Stadt, die in der Vergangenheit immer wieder gezeigt hat, dass sie Menschen in Not hilft. Das ist Teil unserer Identität – und darauf können wir stolz sein. Gleichzeitig müssen wir realistisch bleiben: Die Stadt stößt bereits jetzt an ihre Kapazitätsgrenzen – sei es bei Wohnraum, Schulen, Kitas oder Sozialarbeit. Zusätzliche Landes- oder Bundesaufnahmeprogramme und eine Ausweitung der freiwilligen kommunalen Aufnahme würden die Situation vor Ort verschärfen, anstatt sie zu verbessern. Darum setzen wir uns dafür ein, dass die Aufnahme von Schutzsuchenden fair auf viele Schultern verteilt wird und die Stadt Köln nicht überfordert. Nur so können wir gewährleisten, dass Integration tatsächlich gelingt und die Menschen, die hierherkommen, die Unterstützung erhalten, die sie brauchen.</p> <p>d) Für uns Freie Demokraten ist erfolgreiche Integration ein zentraler Schlüssel für die gemeinsame Entwicklung unserer Stadtgesellschaft in Wohlstand und Demokratie. Integration ist ein wechselseitiger Prozess: Eine offene und pluralistische Gesellschaft kann nur funktionieren, wenn kulturelle Unterschiede anerkannt werden. Ob Sprachförderung, Feste der Inklusion, Förderung von Integrationsprojekten oder Migrantenorganisation: Unser Wahlprogramm hat viele Vorschläge, wie Inklusion in Köln gelingen kann: FDPWahlprogramm_2025.pdf, ab Seite 98.</p>
	<p><b>Inga Feuser – Gut &amp; Klimafreunde:</b></p> <p>a) Kritik an migrationsfeindlicher Bundespolitik</p> <p>Wir kritisieren jede Politik, die Migration als Sicherheitsproblem darstellt. Wir lehnen Abschottung, Abschreckung und das Konzept der „Pull-Faktoren“ entschieden ab. Die Verteidigung des Rechts auf Asyl und Solidarität mit Schutzsuchenden gehören zu unserem programmatischen Kern.</p> <p>b) Sachlicher Diskurs in der Kommune</p> <p>GUT &amp; KLIMA FREUNDE fordern aktive Aufklärung gegen rechte Narrative, Schutz vor rassistischer Stimmungsmache und eine menschenrechtsbasierte Kommunikationsstrategie der Stadt. Köln muss Raum für vielfältige Biografien sein und bleiben.</p> <p>c) Aufnahmeprogramme unterstützen</p> <p>Wir setzen uns ausdrücklich für kommunale Aufnahmeprogramme, humanitäre Landes- und Bundesprogramme sowie die Beteiligung Kölns an Bündnissen wie „Städte Sicherer Häfen“ ein.</p> <p>d) Köln als Stadt des Bleibens</p> <p>Unser Wahlprogramm betont Inklusion statt Abschiebung. Köln soll ein Ort sein, an dem Bleibeperspektiven gestärkt und Vertreibung durch Verwaltungspraxis vermieden wird.</p>
	<p><b>Torsten Burmester – SPD:</b></p> <p>Köln hat kommunale Spielräume, um geflüchtete Menschen aufzunehmen – und wir wollen diese Spielräume nutzen. Wir lehnen die auf Bundesebene zunehmende Gleichsetzung von Migration mit einem Sicherheitsproblem ab. Statt Abschottung und Abschreckung setzen wir auf Inklusion, Integration und die Bekämpfung von Fluchtursachen. Köln soll eine Stadt des Bleibens sein, in der Zugehörigkeit und Teilhabe möglich sind. Wir setzen uns für die Ausweitung freiwilliger kommunaler Aufnahmen ein und unterstützen Landes- und Bundesprogramme, die Geflüchteten eine sichere Perspektive bieten. Gleichzeitig treten wir populistischen und unsachlichen Debatten entschieden entgegen, mit Fakten, positiven Beispielen und direkter Begegnung zwischen Menschen.</p>



**Lars Wolfram – Volt:**

a) Statt Menschen unter dem Stichwort Migration pauschal zu kriminalisieren, setzt Volt auf eine effektive Steuerung und bessere Ressourcennutzung. Dazu gehören schnellere Asylverfahren, eine koordinierte europäische Strategie und der Abbau bürokratischer Hürden. Ein sofortiger Arbeitsmarktzugang und die vereinfachte Anerkennung von Berufsabschlüssen ermöglichen es Geflüchteten, frühzeitig wirtschaftlich unabhängig zu werden.

Mit dem Konzept des Chancenjahres soll abgelehnten Asylbewerber\*innen eine klare Perspektive geboten werden, um durch Beschäftigung und Integration ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht zu erlangen. Parallel dazu muss die psychosoziale Betreuung ausgebaut werden, um gezielt auf die Bedarfe traumatisierter Menschen einzugehen.

Eine erfolgreiche Integrationspolitik erfordert zudem eine stärkere Unterstützung der Kommunen, da sie bei der Umsetzung eine zentrale Rolle spielen. Volt schlägt eine nachhaltige Finanzierungsstruktur sowie gezielte EU-Fördermittel vor, um Städte und Gemeinden besser auszustatten.

Volt setzt sich für eine Migrationspolitik ein, die klare Strukturen schafft, wirtschaftliche Potenziale nutzt und Integration als gesamtgesellschaftliche Aufgabe versteht. Unser Plan bietet umsetzbare Lösungen, die pragmatisch, effizient und zukunftsorientiert sind.

b) Volt sieht Migration als Chance und betrachtet zugewanderte Menschen mit oder ohne Fluchthintergrund als Bereicherung und großes Potenzial für unsere Gesellschaft. Eine Zusammenarbeit mit rechtsextremen Parteien schließen wir klar aus. Ihre Parolen übernehmen wir nicht.

Unsachliche Debatten über Migration und Flucht begegnen wir mit Fakten und einer lösungsorientierten Politik statt mit Populismus. Gesellschaftliche Herausforderungen wie Wohnraummangel, Bildungsungerechtigkeit oder soziale Ungleichheit müssen an ihren Wurzeln angepackt werden – unabhängig davon, wen sie betreffen.

c) Städte und Gemeinden sind die ersten Ansprechpartner, wenn es um Integration, Bildung und Wohnraum geht. Sie müssen finanziell deutlich besser ausgestattet werden, um die Aufnahme und Integration von Geflüchteten menschenwürdig gestalten zu können. Volt setzt sich für eine geregelte und menschenwürdige Migration ein. Wir bekennen uns klar zu den europäischen Werten und dem Schutz von Geflüchteten gemäß den geltenden Menschenrechtskonventionen und europäischen Gesetzen. Menschen, die vor Menschenrechtsverletzungen, Kriegen (subsidiärer Schutz) oder politischer Verfolgung (Genfer Flüchtlingskonvention) fliehen, dürfen weder abgewiesen noch abgeschoben werden. Europäische Praktiken, die ungerechtfertigte Inhaftierungen ermöglichen, müssen beendet werden.

d) Einerseits durch die Etablierung des internationalen Welcome Desks, der nicht nur bei der Orientierung und Integration in den lokalen Arbeitsmarkt unterstützt, sondern auch das Ankommen insgesamt erleichtert. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass Köln weltoffen bleibt und Vielfalt gefeiert wird. Migrantische Selbstorganisationen und interkulturelle Zentren wollen wir in ihrer wichtigen Arbeit weiterhin stärken und fördern.



	<p><b>Hans Mörzter – parteilos:</b></p> <p>a) Ich lehne die Sichtweise ab, Migration als Sicherheitsproblem zu definieren. Köln zeigt seit Jahren mit der „Kölner Linie“, dass Aufnahme kein Risiko, sondern eine Chance ist. Abschottung und Abschreckung führen nicht zu Lösungen, sondern zu weiterer Spaltung.</p> <p>b) Populistischer Stimmungsmache trete ich entschieden entgegen – mit klaren Fakten, mit Haltung und mit Geschichten von gelungener Integration. Köln soll ein Vorbild für einen respektvollen, sachlichen Diskurs sein.</p> <p>c) Ich befürworte Landes- und Bundesaufnahmeprogramme und werde mich dafür einsetzen, dass Köln darüber hinaus eigene Aufnahmen ermöglicht. Wir haben die Stärke und die Strukturen, Menschen Schutz zu bieten.</p> <p>d) Mein Ziel ist, Köln zu einer Stadt des Bleibens zu machen. Inklusion statt Abschiebung ist das Ziel. Menschen sollen hier Perspektiven haben, nicht Angst.</p>
	<p><b>Roberto Campione – Kölner StadtGesellschaft:</b></p> <p>a. Die Kölner StadtGesellschaft setzt sich für eine menschenrechtsorientierte Aufnahme- und Integrationspolitik ein und sieht Migration grundsätzlich als Bereicherung. Integration und gesellschaftliche Teilhabe stehen im Vordergrund, aber auch der Wille der Menschen, diese Prozesse mitzutragen.</p> <p>b. Die Partei setzt auf eine faktenbasierte, inklusive und öffentlich dialogorientierte Debattenkultur im Veedel und auf stadtweiter Ebene. Das „KölnKann“-App und Veedeldialoge z.B. stärken die Beteiligung und Information gegen populistische und diskriminierende Narrative.</p> <p>c. Wir befürworten eine aktive Rolle der Stadt in Aufnahmeprogrammen auf Landes- und Bundesebene und setzen uns – im Einzelfall und nach Prüfung – für die Ausweitung von Aufnahmechancen geflüchteter Menschen ein.</p> <p>d. Ziel: Inklusion statt Abschiebung. Programme wie „Housing First“ und Kooperationen für Bleibeperspektiven werden ausdrücklich unterstützt.</p>
	<p><b>Heike Herden – Partei des Fortschritts:</b></p> <p>2 a) Abschreckung spaltet, sie löst keine Probleme. Köln soll seinen solidarischen Kurs selbstbewusst fortsetzen und das auch klar sagen. Denn Humanität und Rechtsstaatlichkeit sollte zusammen gedacht werden.</p> <p>2 b) Menschen verdienen eine ruhige, faire Debatte auf Basis von Fakten. Deshalb setze ich auf mehrsprachige Informationen, schnelle Richtigstellungen bei Falschbehauptungen und Formate, in denen man einander zuhört. So entsteht ein Klima, in dem Probleme lösbar werden.</p> <p>2 c) Wer Schutz sucht, soll verlässliche Wege finden, wenn Unterbringung und Integration gesichert sind. Aufnahmezusagen sollten transparent und gut vorbereitet sein, damit Ankommen gelingt. Stadt, Zivilgesellschaft und Träger sollten dabei eng zusammenarbeiten.</p> <p>2 d) Eine Stadt des Bleibens setzt auf Inklusion statt auf Angst. Kommunale Spielräume sollten human genutzt werden, sensible Orte wie Schulen und Kliniken bleiben geschützt.</p>



**Frage 3: Ausländerbehörde (ABH): Funktionieren und Funktion als Willkommensbehörde**

Die ABH sieht sich in ihrem Selbstverständnis nicht nur als Vollzugsinstanz des Asyl- und Aufenthaltsrechts, sondern auch als Willkommensbehörde, die aktiv Wege zu einem gesicherten Aufenthalt aufzeigt und Beratungsangebote zur Verfügung stellt.

- a) Wie stehen Sie zu diesem Selbstverständnis der ABH als Willkommensbehörde? Wollen Sie dies weiter unterstützen?
- b) Was wollen Sie tun, damit die Bearbeitung von Aufenthaltsangelegenheiten effizient und transparent in der ABH funktioniert?

	<p><b>Berivan Aymaz – Die GRÜNEN</b></p> <p>a) <i>Wir GRÜNE unterstützen gemeinsam mit unserer Oberbürgermeisterkandidatin Berivan Aymaz das Selbstverständnis der Ausländer*innenbehörde (ABH) als Willkommensbehörde ausdrücklich. Eine moderne, dienstleistungsorientierte ABH ist für eine offene und solidarische Stadtgesellschaft von zentraler Bedeutung. Menschen mit internationaler Familiengeschichte sollen sich in Köln willkommen und respektiert fühlen – unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus. Dieses Leitbild wollen wir weiter stärken und in der Praxis mit Leben füllen. Auch die Mehrsprachigkeit der Mitarbeitenden in der ABH sehen wir als große Ressource, um die Kommunikation mit den Klient*innen zu vereinfachen und auf Augenhöhe zu ermöglichen. Die Nicht-Erreichbarkeiten und Wartezeiten sind eine große Herausforderung, der mit weiteren Personaleinstellungen entgegen gewirkt werden soll.</i></p> <p>b) <i>Die bekannten Probleme, wie beispielsweise schlechte Erreichbarkeit, lange Wartezeiten und verzögerte Bearbeitungen von Anträgen auf Aufenthaltstitel oder Einbürgerung, sind nicht hinnehmbar. Wir setzen uns dafür ein, dass die ABH personell besser ausgestattet, digitaler und bürgernäher wird. Dazu gehören unter anderem der Ausbau von Online-Services wie eine erleichterte Terminvergabe, mehrsprachige Kommunikation, regelmäßige Schulungen für Mitarbeitende, Möglichkeit, persönlich vor Ort vorzusprechen sowie klare Fristen und transparente Verfahren. Die Verwaltung muss ihre Verantwortung ernst nehmen. Ich als Oberbürgermeisterin und Chefin der Stadtverwaltung werde die Umsetzung der nötigen Strukturveränderungen veranlassen und die Ressourcen schaffen.</i></p>
	<p><b>Markus Greitemann – CDU:</b></p> <p>a) Die CDU Köln befürwortet das Selbstverständnis der Ausländerbehörde (ABH) als Willkommensbehörde. In einer von hoher Migrationsdynamik geprägten Stadt wie Köln ist es sinnvoll, dass die ABH über ihre Kernfunktion hinaus als serviceorientierte und beratende Anlaufstelle agiert. Dieses erweiterte Rollenverständnis begrüßen wir, es setzt jedoch ausreichendes Personal voraus. Lange Wartezeiten, mangelnde Erreichbarkeit und Verzögerungen bei Einbürgerungen oder Aufenthaltstiteln sind unzumutbar. Daher fordert die CDU Köln eine konsequente Personalentwicklung, um Servicequalität, Bearbeitungszeiten und Erreichbarkeit spürbar zu verbessern, in enger Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung.</p> <p>b) Die CDU Köln bekennt sich klar zu einer serviceorientierten Ausländerbehörde. Wir sehen in ihr eine Schlüsselstelle für Integration und Standortattraktivität. Unser Ziel ist es, aus der ABH eine leistungsfähige Verwaltungseinheit zu machen, die dem Anspruch einer echten Willkommensbehörde gerecht wird. Um dies zu erreichen, soll die Behörde zunächst personell verstärkt werden, sowohl im Sachbearbeitungsbereich als auch im Kundenservice. Gleichzeitig wird die Digitalisierung der Antragsverfahren vorangetrieben. Die Zusammenarbeit mit Integrationszentren, Kammern, Arbeitgeberverbänden und freien Trägern soll intensiviert werden, damit komplexe Fälle, etwa im Bereich Fachkräfteeinwanderung, schneller bearbeitet werden können. Schließlich wird die kontinuierliche Fortbildung aller Mitarbeitenden in interkultureller Kompetenz und aktuellem Migrationsrecht als zentrale Voraussetzung für eine bürgernahe Ausländerbehörde angesehen.</p>
	<p><b>Heiner Kockerbeck – Die Linke:</b></p> <p>a. Das haben wir im Rat immer wieder unterstützt. Wichtig ist, dass ausreichend Personal vorhanden ist und das die Behörde ihren geringen emanzipatorischen Spielraum für Willkommensarbeit nutzt.</p> <p>b. Mehr Personal einsetzen, ggf. aus dem Personalpool der Stadt. Jede eingebürgerte Person ist für die Stadt eine Bereicherung.</p>



	<p><b>Volker Görzel – FDP:</b></p> <p>a) Initiativen zur interkulturellen Öffnung der Verwaltung sowie zum Umbau der ABH in eine Willkommensbehörde wurden von der FDP in den zuständigen Gremien und Ausschüssen unterstützt. Allerdings muss bei all diesen Projekten berücksichtigt werden, dass die Ausländerbehörde rechtliche Vorschriften zu berücksichtigen hat, die das Handeln der Behörde bestimmen.</p> <p>b) Gründe für die Überlastung der Ausländerbehörde sind sowohl fehlendes Personal als auch die Umsetzung von immer mehr Bundes- und Landesgesetzen auf kommunaler Ebene. Diese Gründe dürfen aber nicht dazu führen, dass die Kunden und Kundinnen der Behörde in existenzgefährdende Schwierigkeiten geraten. Die Umsetzung der FDP-Forderung nach einem digitalen Rathaus könnte aber auch hier zu Erleichterungen und Verbesserungen führen.</p>
	<p><b>Inga Feuser – Gut &amp; Klimafreunde:</b></p> <p>a) Unterstützung dieses Selbstverständnisses</p> <p>GUT &amp; KLIMA FREUNDE befürworten eine Verwaltung, die Lebensrealitäten gerecht wird, auch bei der Ausländerbehörde. Das Selbstbild als Willkommensbehörde ist im Sinne der Partei, da Integration und Teilhabe erleichtert werden sollen.</p> <p>b) Effizienz und Transparenz in der ABH</p> <p>Wir fordern mehr digitale Barrierefreiheit, personelle Ausstattung und eine menschenorientierte Verwaltung, damit Wartezeiten verringert und Anträge zügig bearbeitet werden. Wir kritisieren die aktuelle Überlastung der Ausländerbehörde.</p>
	<p><b>Torsten Burmester – SPD:</b></p> <p>Wir unterstützen das Selbstverständnis der Ausländerbehörde Köln als Willkommensbehörde, die Menschen Wege in einen gesicherten Aufenthalt eröffnet. Damit sie diesem Anspruch gerecht werden kann, braucht es gut erreichbare, transparente und schnelle Verfahren. Wir wollen die Bearbeitung von Aufenthalts- und Einbürgerungsanträgen durch digitale Angebote, eine zentrale Terminvergabe und zusätzliches Personal beschleunigen. Klare Zuständigkeiten und ein modernes Terminmanagement sollen dafür sorgen, dass monatelange Wartezeiten der Vergangenheit angehören. Zusätzlich braucht Köln einen Welcome Desk für internationale Fachkräfte.</p>
	<p><b>Lars Wolfram – Volt:</b></p> <p>a) Das Aufgabenspektrum der Ausländerbehörde ist sehr breit – es reicht von der Erteilung von Aufenthaltstiteln über Abschiebungen bis hin zur Einbürgerung. Gerade weil die Behörde so eng mit den Menschen in Kontakt steht und weitreichende Entscheidungen trifft, braucht es eine klare Serviceorientierung – und eine Haltung, die Menschen willkommen heißt. Dabei wenden sich nicht nur Personen mit Fluchthintergrund an die ABH, sondern auch internationale Studierende, Fachkräfte, EU-Bürger*innen und teilweise deutsche Staatsangehörige mit internationaler Familiengeschichte.</p> <p>b) Volt setzt sich vor allem für eine flächendeckende Digitalisierung der Verwaltung ein, damit Arbeitsabläufe effizienter werden, der aktuelle Bearbeitungsstand transparent nachvollziehbar ist und fehlende Unterlagen einfach digital nachgereicht werden können.</p>
	<p><b>Hans Mörtter – parteilos:</b></p> <p>a) Ich unterstütze das Selbstverständnis der Ausländerbehörde als Willkommensbehörde. Das ist die richtige Richtung: Menschen nicht nur verwalten, sondern begleiten.</p> <p>b) Um Wartezeiten und Überlastungen abzubauen, setze ich auf drei Schritte: Erstens mehr Personal und eine bessere Ausstattung. Zweitens Digitalisierung, damit Abläufe</p>



	schneller und transparenter werden. Drittens eine neue Fehler- und Servicekultur, die Bürger:innen als Partner:innen sieht, nicht als Bittsteller:innen.
	<p><b>Roberto Campione – Kölner StadtGesellschaft:</b></p> <p>a. Die StadtGesellschaft sieht die Aufgabe einer Willkommensbehörde positiv: Beratung, Integration und zügige Bearbeitung sind erklärte Ziele. Das Wahlprogramm sieht schlanke, digitale, transparente Verwaltungsprozesse vor. Digitale Anträge und klare Fristen – in vielen Sprachen – werden als Pflicht angesetzt, um Wartezeiten zu reduzieren und die Erreichbarkeit zu erhöhen. Siehe oben</p>
	<p><b>Heike Herden – Partei des Fortschritts:</b></p> <p>3 a) Verwaltung kann willkommen heißen, ohne an Klarheit zu verlieren. Die Ausländerbehörde soll verlässlich beraten und Wege in Aufenthalt, Ausbildung, Arbeit und Einbürgerung aktiv eröffnen. So wird aus einem Amt eine wirkliche Anlaufstelle. 3 b) Verlässlichkeit entsteht durch gute Erreichbarkeit, klare Termine und nachvollziehbare Zeiten. Ein einfacher Onlineprozess und ein öffentlicher Überblick über Wartezeiten geben Orientierung und bauen Stress ab. Ich möchte, dass besonders dringliche Anliegen wie Arbeit, Ausbildung und Familie priorisiert werden.</p>

#### Frage 4: Bleibeperspektiven schaffen

Seit vielen Jahren erschweren Verschärfungen im Aufenthaltsrecht Menschen mit Duldung systematisch die Chance auf einen gesicherten Aufenthalt. Obwohl Deutschland jährlich 400.000 einwandernde Menschen braucht, wird viel Geld ausgegeben, um – häufig sehr gut integrierte – Geduldete abzuschieben.

- Bekennen Sie sich zum etablierten Kölner Bleiberechtsprogramm und werden Sie sich auch zukünftig für eine hinreichende Finanzausstattung einsetzen?
- Wie werden Sie aufenthaltsrechtliche Spielräume nutzen, um den Betroffenen über das bestehende Bleiberechtsprogramm hinaus eine Bleibeperspektive zu geben?
- Was werden Sie tun, damit Menschen aktiv unterstützt werden, um z.B. im Rahmen des Chancenaufenthaltsrechts und des Spurwechsels ihren Aufenthalt zu verstetigen?

	<p><b>Berivan Aymaz – Die GRÜNEN</b></p> <p>a) <i>Wir GRÜNE und unsere Oberbürgermeisterkandidatin Berivan Aymaz bekennen uns ausdrücklich zum Bleiberechtsprogramm und werden uns auch weiterhin für das Fortbestehen dieses wichtigen Programms einsetzen!</i></p> <p>b) <i>Wir GRÜNE und unsere Oberbürgermeisterkandidatin Berivan Aymaz setzen uns dafür ein, dass die Verwaltung alle aufenthaltsrechtlichen Spielräume konsequent und wohlwollend nutzt, um Betroffenen über bestehende Bleiberechtsprogramme hinaus eine Perspektive zu bieten. Dazu gehört die Anwendung von Ermessensduldungen, die Nutzung von Chancenregelungen wie Ausbildungs- oder Beschäftigungsduldungen sowie die Unterstützung bei Anträgen an die Härtefallkommission (ABK). Darüber hinaus setzen wir uns für die Stärkung der Beratungsstellen ein, damit Betroffene ihre Möglichkeiten kennen und ihre Unterlagen schnell einreichen können. Gleichzeitig engagieren wir uns auf Landes- und Bundesebene für erweiterte Bleiberechtsregelungen, den Abbau unnötiger Hürden und ein Ende von Kettenduldungen.</i></p> <p>c) <i>Unser Ziel ist es, dass möglichst viele Menschen die Möglichkeiten des Chancenaufenthaltsrechts und des Spurwechsels nutzen können, um ihren Aufenthalt zu sichern.</i></p> <p><i>Dafür setzen wir uns ein: Die Stadtverwaltung soll Betroffene aktiv informieren, Verfahren transparent gestalten und Fristen klar kommunizieren. Wir fördern und unterstützen Beratungsstellen, die bei Anträgen helfen, Unterlagen zusammenstellen und in arbeits- oder ausbildungsrechtlichen Fragen begleiten. Ebenso wichtig ist uns die enge Zusammenarbeit mit dem Jobcenter, Bildungsträgern und Betrieben, um Sprachkurse, Qualifizierungen und Beschäftigungen passgenau zu vermitteln. Auf Landes- und Bundesebene setzen wir uns zudem für praxistaugliche Regelungen, weniger Bürokratie und</i></p>
---	---



	<p><i>mehr Rechtssicherheit ein, damit Integration belohnt wird und aus einer Duldung ein sicherer Aufenthalt werden kann.</i></p>
	<p><b>Markus Greitemann – CDU:</b></p> <p>a) Ja, die CDU Köln bekennt sich klar zum erfolgreichen Bleiberechtsprogramm der Stadt Köln. Dieses seit etwa 2018 bestehende Verfahren hilft langjährig Geduldeten, durch Beratung in Hinblick auf Passbeschaffung, Sprachförderung und Arbeitsintegration eine Aufenthaltsperspektive zu gewinnen und schützt sie währenddessen vor Abschiebung. Wer sich zu unserer Ordnung bekennt, wer unsere Sprache lernt, wer arbeitet und sich einbringt, der gehört zu uns. Dem müssen wir nicht neue Hürden in den Weg stellen, sondern Brücken bauen. Aus dieser Überzeugung heraus setzt sich die CDU Köln auch weiterhin im Stadtrat dafür ein, dass das Bleiberechtsprogramm finanziell gesichert bleibt. Denn gelingende Integration erfordert Investitionen. Doch der gesellschaftliche und wirtschaftliche Preis mangelnder Integration ist ungleich höher.</p> <p>b) Personen, die seit vielen Jahren in Köln leben, Gesetze einhalten, arbeiten, eine Ausbildung absolvieren und ihre Kinder zur Schule schicken, dürfen nicht pauschal von Abschiebung bedroht sein. In solchen Fällen braucht es eine differenzierte Prüfung, die integrationspolitische und humanitäre Gesichtspunkte berücksichtigt. Das Aufenthaltsrecht bietet mit den §§ 25a, 25b und 23 AufenthG Spielräume, die bei nachgewiesener Integration, etwa durch Sprachkenntnisse, Erwerbstätigkeit oder soziale Einbindung, genutzt werden sollen. Dafür benötigen die Ausländerbehörden klare Handlungsrichtlinien, um rechtssichere Entscheidungen zu treffen und integrationspolitische Ziele wirksam umzusetzen.</p> <p>c) Köln soll ein Ort sein, wo derjenige, der hier Verantwortung für sich, für seine Familie und für unsere Stadt übernimmt, auch eine faire Chance auf Bleiberecht erhält. Deshalb fordern wir:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Mehr Mittel für Beratung und Information, vor Ort, in einfacher Sprache, mit festen Ansprechpartnern.</li> <li>- Schulung und Sensibilisierung der städtischen Stellen für das Chancenaufenthaltsrecht.</li> <li>- Enge Zusammenarbeit mit Kirchen, Vereinen und Unternehmen, um den Betroffenen konkrete Wege in Ausbildung und Arbeit zu ebnen.</li> </ul>
	<p><b>Heiner Kockerbeck – Die Linke:</b></p> <p>a. Wir sind für das Bleiberechtsprogramm und würden das gerne wieder um drei Jahre verlängern. Es führt sogar zu Mehreinnahme bei der Stadt.</p> <p>b. Die Ausbildung und Qualifikation verbessern.</p> <p>c. Die Stadt Köln muss die Beratung verbessern und ausbauen. Köln muss ein Interesse daran haben, dass Menschen das Chancenaufenthaltsrecht nutzen, um die deutsche Staatsbürgerschaft zu bekommen.</p>
	<p><b>Volker Görzel – FDP:</b></p> <p>a) Wer in Köln integriert ist, soll die Möglichkeit erhalten, hier bleiben zu dürfen und nicht weiterhin lediglich geduldet zu sein. Menschen, die sich bereits über längere Zeit bei uns aufhalten und hier Fuß gefasst haben, verdienen Rechtssicherheit. Sie weiter lediglich zu dulden oder abzuschieben, ist menschlich und volkswirtschaftlich falsch. In diesem Zusammenhang unterstützen wir auch das Bleiberechtsprojekt.</p> <p>b) In der aktuellen Situation hat es für die FDP Vorrang bestehende Programme zu unterstützen.</p> <p>c) Die beste Unterstützung besteht darin, die administrative Bearbeitung von Anträgen und Umsetzung der Gesetze zu beschleunigen. Auch hier gibt es im Hinblick auf eine digitale Unterstützung noch Potential.d)</p>
	<p><b>Inga Feuser – Gut &amp; Klimafreunde:</b></p> <p>a) Bekenntnis zum Kölner Bleiberechtsprogramm</p> <p>GUT &amp; KLIMA FREUNDE stehen hinter dem Bleiberechtsprogramm und fordern dessen dauerhafte, solide Finanzierung.</p>



	<p>b) Nutzung von Spielräumen</p> <p>Wir sprechen uns dafür aus, alle kommunalen Handlungsspielräume konsequent zu nutzen, um geduldeten Menschen Perspektiven zu bieten.</p> <p>c) Unterstützung im Chancenaufenthaltsrecht</p> <p>Wir fordern die aktive Unterstützung von Menschen, um Chancenaufenthalt, Spurwechsel und dauerhaften Aufenthalt zu sichern – durch Beratung, rechtliche Unterstützung und Verwaltungsschulungen.</p>
	<p><b>Torsten Burmester – SPD:</b></p> <p>Das Kölner Bleiberechtsprogramm ist ein bundesweit anerkanntes Erfolgsmodell. Wir bekennen uns klar dazu und sichern seine Finanzierung langfristig. Darüber hinaus wollen wir alle aufenthaltsrechtlichen Spielräume nutzen, um Menschen Perspektiven zu geben, die hier leben, arbeiten und integriert sind. Programme wie das Chancenaufenthaltsrecht oder der Spurwechsel müssen in Köln aktiv begleitet werden. Wir wollen Beratungs- und Unterstützungsangebote ausbauen, damit Anträge rechtssicher und zügig gestellt werden können und Betroffene nicht an bürokratischen Hürden scheitern.</p>
	<p><b>Lars Wolfram – Volt:</b></p> <p>a) Volt erkennt das Bleiberechtsprogramm als ein wichtiges Instrument, um hier lebenden Menschen den Weg aus dem prekären Status der Duldung hin zu einem gesicherten Aufenthaltstitel zu ermöglichen.</p> <p>b) Volt setzt sich dafür ein, dass kommunale Spielräume genutzt werden, um Menschen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus Bleibeperspektiven zu eröffnen, z.B. in der Ausländerbehörde, Förderung von Integration durch Bildung, Arbeit und Teilhabe. Abschiebungen aus Schulen oder Betrieben lehnen wir ab.</p> <p>c) Wir werden uns auf kommunaler Ebene dafür einsetzen, dass Menschen, die eine Bleibeperspektive haben, gezielt unterstützt werden, um ihren Aufenthalt zu verstetigen. Dazu gehören u.a. Erhalt und Ausbau von Beratungsangeboten, Digitalisierung der Arbeitsprozesse in der Ausländerbehörde und Förderung von Sprachkursen und Qualifizierungsmaßnahmen.</p>
	<p><b>Hans Mörtter – parteilos:</b></p> <p>a) Das Kölner Bleiberechtsprogramm ist bundesweit ein Leuchtturm. Ich bekenne mich klar dazu und sichere die nötige Finanzausstattung.</p> <p>b) Ich werde alle kommunalen Spielräume nutzen, um über das Programm hinaus Bleibeperspektiven zu schaffen. Köln soll Vorreiter bleiben.</p> <p>c) Chancen-Aufenthaltsrecht und Spurwechsel müssen mit Beratung, Sprachkursen und Jobchancen aktiv unterstützt werden. Wir helfen Menschen, ihren Aufenthalt zu verstetigen – nicht, ihnen Steine in den Weg zu legen.</p>
	<p><b>Roberto Campione – Kölner StadtGesellschaft:</b></p> <p>a. Die Wählergruppe bekennt sich klar zum etablierten Kölner Bleiberechtsprogramm und spricht sich für dessen Fortführung und Finanzierung aus. Beratungsangebote und individuelle Unterstützung bleiben zentrale Bestandteile</p> <p>b. Es wird betont, dass alle rechtlich möglichen Wege für Bleiberechte und Integration ausgeschöpft werden.</p>



	c. Die Kölner StadtGesellschaft unterstützt Beratungs- und Begleitstrukturen, um den sicheren Aufenthalt über neue gesetzliche Möglichkeiten zu verstetigen.
<b>PARTEI DES FORTSCHRITTS</b>	<p><b>Heike Herden – Partei des Fortschritts:</b></p> <p>4 a) Das Kölner Bleiberechtsprogramms gibt vielen Menschen Halt. Es sollte verlässlich finanziert und als Stärke der Stadt gesichert bleiben. Ich stehe dafür, dass diese gute Praxis bewahrt und weiterentwickelt wird.</p> <p>4 b) Wo Menschen hier gelernt, gearbeitet und Wurzeln geschlagen haben, sollten Chancen nicht an Formalien scheitern. Ermessensspielräume und Härtefallregelungen gehören verantwortungsvoll genutzt. Das zeigt Haltung und schafft Vertrauen.</p> <p>4 c) Beim Chancenaufenthalt hilft Klarheit. Fristen im Blick, Bescheinigungen rechtzeitig, Beratung aus einer Hand. So fühlen sich Verfahren fair und handhabbar an.</p>

### Frage 5: Ausbildung und Arbeit ermöglichen

Arbeit ist ein Schlüssel zu gesellschaftlicher Teilhabe. Für geflüchtete Menschen wie für die Stadt Köln ist es gleichermaßen wichtig, dass Menschen Zugänge zu Arbeit und Ausbildung und entsprechende Unterstützung erhalten.

- Mit welchen Mitteln wollen Sie die berufliche Teilhabe fördern? Wie wollen Sie es unterstützen, dass aus beruflichen Fähigkeiten berufliche Qualifikation werden können?
- Wie sorgen Sie dafür, dass Verfahren zur Anerkennung von Qualifikationen (wie Schul- und Studienabschlüsse, auch ohne vollständige Zeugnisse) beschleunigt werden?
- Wie unterstützen Sie Betriebe in der Einstellung und Beschäftigung geflüchteter Personen?
- Wie nehmen Sie sich des Themas der prekären Arbeitsverhältnisse an, unter denen viele geflüchtete Menschen leiden?

<b>BERIVAN AYMAZ</b> <small>Oberbürgermeisterin für Köln 2025</small>	<p><b>Berivan Aymaz – Die GRÜNEN</b></p> <p>a) <i>Wir GRÜNE und unsere Oberbürgermeisterkandidatin Berivan Aymaz setzen uns dafür ein, dass geflüchtete Menschen frühzeitig Zugang zu Ausbildung, Qualifizierung und Beschäftigung erhalten. In Köln fördern wir niedrigschwellige Beratungsangebote, passgenaue Sprach- und Fachkurse sowie Übergangsmo- delle wie Praktika und Qualifizierungsbausteine. So können berufliche Fähigkeiten gezielt ausgebaut und zu anerkannten Qualifikationen weiterentwickelt werden – in enger Zusammenarbeit mit dem Kölner KI (Kommunales Integrationszentrum), Betrieben, Kammern und Trägern vor Ort.</i></p> <p>b) <i>Die Anerkennung von Abschlüssen obliegt größtenteils dem Land und dem Bund. Wir GRÜNE setzen uns dort für unbürokratischere und schnellere Verfahren ein, insbesondere wenn formale Nachweise fehlen. Auf kommunaler Ebene fordern wir eine zentrale Anlaufstelle, die Betroffene gezielt berät, Verfahren koordiniert und sie bei der Anerkennung unterstützt.</i></p> <p>c) <i>Um Betriebe bei der Beschäftigung geflüchteter Menschen zu unterstützen, sind mehr Informationen, Vernetzung und praktische Hilfen nötig. Wir fördern Lots*innen-Modelle, eine engere Kooperation mit Jobcentern, Kammern und der Wirtschaft sowie gezielte Beratungsangebote, die auch digital und mehrsprachig angeboten werden. Zudem drängen wir auf Bürokratieabbau und klare Zuständigkeiten, wofür auch Land und Bund verantwortlich sind.</i></p> <p>d) <i>Geflüchtete Menschen sind besonders häufig von prekären Arbeitsverhältnissen betroffen. Sei es durch einen unsicheren Aufenthaltsstatus, fehlende Tarifbindung oder ausbeuterische Arbeitsbedingungen. Unsere Oberbürgermeisterkandidatin Berivan Aymaz und wir GRÜNE setzen uns auf kommunaler Ebene für stärkere Kontrollen, gute Beratungsangebote und Schutzmechanismen ein. Gleichzeitig fordern wir auf Landes- und Bundesebene bessere gesetzliche Rahmenbedingungen für faire Arbeit und Aufenthaltssicherheit, beispielsweise durch eine verlässliche Bleiberechtsregelung bei Ausbildung und Arbeit.</i></p>
--	--



	<p><b>Markus Greitemann – CDU:</b></p> <p>a) Die CDU Köln setzt sich dafür ein, dass Ausbildung und Arbeit für alle zugänglich sind. Wir fördern die berufliche Teilhabe durch die Schaffung von Ausbildungsplätzen in der Stadtverwaltung sowie bei städtischen Unternehmen wie der KVB, der RheinEnergie oder der AWB. Zudem unterstützen wir Formate, die Jugendliche mit Betrieben zusammenbringen. Für Menschen mit ausländischen Berufsabschlüssen setzen wir uns für schnelle, digitale Anerkennungsverfahren und gezielte Nachqualifizierung ein. Wo keine Zeugnisse vorliegen, befürworten wir praxisbasierte Verfahren wie Arbeitsproben zur Kompetenzfeststellung. So wird aus beruflicher Erfahrung eine anerkannte Qualifikation und damit echte Teilhabe möglich.</p> <p>b) Die CDU Köln unterstützt Initiativen, die Anerkennungsverfahren digital und mehrsprachig zugänglich machen. Durch strukturierte Berufsorientierung, enge Zusammenarbeit zwischen Berufskammern, Arbeitsagentur, Jobcenter und Landesbehörden sowie durch den Einsatz praxisbasierter Verfahren, wie etwa Arbeitsproben, sollen Qualifikationen auch ohne formale Zeugnisse schneller anerkannt werden. Ziel ist ein zügiger, unbürokratischer Zugang zum Arbeitsmarkt.</p> <p>c) Die CDU Köln unterstützt Betriebe konkret bei der Integration geflüchteter Menschen in Ausbildung und Arbeit. Durch Ausbildungsforen bringen wir Unternehmen mit ausbildungsinteressierten Geflüchteten zusammen. Vorbildprojekte aus Köln, wie etwa Kooperationen zwischen Stadt, Kammern und Betrieben, wollen wir ausbauen und landesweit als Modelle etablieren. Ziel ist es, bürokratische Hürden abzubauen und den Einstieg in Ausbildung und Beschäftigung verlässlich zu unterstützen.</p> <p>d) Prekäre Beschäftigungsverhältnisse stellen für geflüchtete Personen ein erhebliches Risiko für soziale und ökonomische Integration dar. Um dieser Problematik entgegenzuwirken, ist eine Priorisierung qualitativ hochwertiger Ausbildungs- und Beschäftigungsangebote essenziell. Insbesondere sollte die Schaffung von regulären, sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen im Fokus stehen, um die Abhängigkeit von niedrig entlohnten Übergangsarbeitsverhältnissen zu reduzieren. Eine wirksame Strategie beinhaltet die Förderung umfassender Integrationsprogramme, die sprachliche, berufliche und psychosoziale Unterstützung miteinander verknüpfen, wie beispielsweise das Landesprojekt „Durchstarten in Ausbildung und Arbeit“.</p>
	<p><b>Heiner Kockerbeck – Die Linke:</b></p> <p>a. Wir fordern ein Recht auf Ausbildung für alle Jugendlichen, mehr Ausbildungsplätze in kommunalen Betrieben und der Verwaltung sowie bessere Übergänge von Schule zu Beruf. <i>Wichtig sind auch lokale Netzwerke, die Menschen entsprechend ihrer Fähigkeiten unterstützen und mit Arbeitgebern verbinden.</i></p> <p>b. Die Linksfraktion im Bundestag fordert seit langem ein Anerkennungsgesetz mit Rechtsanspruch, das Verfahren transparent, bundeseinheitlich und zügig gestaltet. Dabei sollen Bewertung, Bescheinigung und gegebenenfalls Teilanerkennung schnell erfolgen, flankiert von Beratung und modularer Nachqualifizierung inklusive sprachlicher Förderung. <i>Kommunal wollen wir auch unabhängige Unterstützungsstrukturen durch freie Träger fördern, die Menschen bei der Anerkennung begleiten.</i></p> <p>c. Die Stadt soll selbst Geflüchtete beschäftigen und Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt aktiv bekämpfen. <i>Zusammen mit der Agentur für Arbeit und der freien Wohlfahrtspflege sollen wohnortnahe Angebote für Sprachkurse entstehen und erhalten bleiben, damit hier keine zusätzliche Organisation der Unternehmen notwendig ist.</i></p> <p>d). Wir setzen uns für gute Arbeit statt prekärer Beschäftigung ein: Abbau von Leiharbeit und Befristungen sowie Tariftreue bei städtischen Ausschreibungen. <i>Zudem wollen wir die „Beratungsstellen Arbeit“ gegen ausbeuterische Beschäftigung und gewerkschaftliche Organisation stärken. Wir fordern einen Mindestlohn von 15 Euro. Der Anteil der Eigenreinigung bei der Stadt und eine gute Bezahlung ab EG 3 bringen wir voran.</i></p>
	<p><b>Volker Görzel – FDP:</b></p> <p>a) Der Schlüssel zur Integration ist Arbeit. Deshalb setzen wir auf Sprache, Ausbildung und gezielte Weiterbildung. Wir wollen dafür sorgen, dass berufliche Fähigkeiten schnell sichtbar gemacht und in anerkannte Qualifikationen überführt werden können – z. B. über praxisnahe Nachqualifizierungen und berufsbezogene Sprachförderung. Wir haben uns dafür stark gemacht, dass auch die städtischen Tochterbetriebe aktiv auf Geflüchtete zugehen und sie gezielt ansprechen – denn Teilhabe gelingt am besten, wenn aus Talenten auch formale Abschlüsse werden.</p>



	<p>b) Viele Geflüchtete haben wertvolle Abschlüsse oder Berufserfahrungen – die Verfahren zur Anerkennung dauern jedoch oft zu lange. Wir setzen uns dafür ein, dass diese deutlich beschleunigt und unbürokratischer gestaltet werden. Wenn Zeugnisse fehlen, müssen praktische Kompetenzfeststellungen stärker genutzt werden. Ziel ist, dass niemand monatelang auf der Wartebank sitzt, obwohl er oder sie längst in Betrieben gebraucht wird. Zuständige Ämter müssen hier besser unterstützt werden.</p> <p>c) Viele Betriebe suchen händeringend nach Arbeits- und Fachkräften. Deshalb müssen sie mit klarer Information, Beratung und pragmatischer Begleitung unterstützt werden, wenn sie Geflüchtete einstellen wollen. Besonders wichtig ist uns, dass die städtischen Tochtergesellschaften mit gutem Beispiel vorangehen und aktiv auf Geflüchtete zugehen. So schaffen wir Vertrauen – und andere Unternehmen können leichter nachziehen.</p> <p>d) Wir wollen Integration in den regulären Arbeitsmarkt, nicht in Sackgassen. Ausbeuterische Arbeitsverhältnisse müssen verhindert werden. Hier sind die Behörden gefordert, die jede Unterstützung verdienen.</p>
	<p><b>Inga Feuser – Gut &amp; Klimafreunde:</b></p> <p>a) Berufliche Teilhabe fördern Wir fordern Teilhabe durch Bildung und Arbeit – insbesondere für geflüchtete Menschen. Es braucht niedrigschwellige Unterstützungsangebote zur Anerkennung und Qualifikation.</p> <p>b) Anerkennung von Qualifikationen beschleunigen Wir wollen, dass Köln sich für vereinfachte Anerkennungsverfahren einsetzt – auch bei fehlender Dokumentation.</p> <p>c) Unterstützung für Betriebe Wir befürworten kommunale Unterstützung von Unternehmen, die geflüchtete Menschen beschäftigen – z. B. durch Beratungs- und Förderangebote.</p> <p>d) Prekäre Arbeit bekämpfen GUT &amp; KLIMA FREUNDE setzen sich gegen Ausbeutung und prekäre Arbeitsverhältnisse ein – z. B. durch Kontrollen, Beratung und Schutzmaßnahmen für Betroffene.</p>
	<p><b>Torsten Burmester – SPD:</b></p> <p>Arbeit ist der Schlüssel zur gesellschaftlichen Teilhabe. Wir wollen deshalb Zugänge zu Ausbildung und Arbeit für geflüchtete Menschen gezielt fördern – durch Qualifizierungsprogramme, die Sprachförderung und Fachunterricht verbinden, und durch beschleunigte Anerkennung von Schul- und Berufsabschlüssen, auch wenn keine vollständigen Zeugnisse vorliegen. Kölner Betriebe, die Geflüchtete einstellen, sollen durch Beratung und Vernetzung unterstützt werden. Gleichzeitig treten wir entschieden gegen Ausbeutung und prekäre Arbeitsverhältnisse ein. Faire Löhne und sichere Arbeitsbedingungen müssen für alle gelten – unabhängig vom Aufenthaltsstatus.</p>
	<p><b>Lars Wolfram – Volt:</b></p> <p>Volt Köln setzt sich für die berufliche Teilhabe geflüchteter Menschen durch konkrete kommunale Maßnahmen ein. Ein zentrales Vorhaben ist der von uns beantragte Internationale Welcome Desk, der als zentrale Anlaufstelle sowohl Geflüchtete als auch kleine und mittlere Betriebe unterstützen soll. Ziel ist es, mehrsprachig und unbürokratisch zu beraten, bei der Vermittlung in Arbeit oder Ausbildung zu helfen und durch enge Vernetzung mit Kammern, Jobcenter und freien Trägern Übergänge in den Kölner Arbeitsmarkt zu erleichtern.</p> <p>Berufliche Fähigkeiten sollen systematisch erfasst und in anerkannte Qualifikationen überführt werden, z.B. durch Nachqualifizierungen oder Einstiegsprogramme mit begleitendem Spracherwerb. Der International Welcome Desk soll dabei eine aktive Rolle in der Begleitung, insbesondere bei der Anerkennung von Schul- und Berufsabschlüssen, übernehmen. Zudem setzen wir uns auf Landes- und Bundesebene dafür ein, dass Ermessensspielräume genutzt werden, wenn Zeugnisse nicht vollständig vorliegen, und alternative Nachweise wie Kompetenztests oder Arbeitsproben stärker anerkannt werden.</p>



	<p>Viele kleine und mittlere Unternehmen in Köln sind offen für die Einstellung geflüchteter Menschen, benötigen aber konkrete Unterstützung bei rechtlichen Fragen, Fördermitteln oder der Kommunikation mit Behörden. Der Internationale Welcome Desk soll daher nicht nur für Geflüchtete, sondern auch für Betriebe eine Beratungs- und Servicestelle sein.</p> <p>Um prekäre Beschäftigungen zu verhindern, braucht es mehr Kontrollen in besonders gefährdeten Branchen und es braucht eine Stärkung der Beratungsstellen, die Geflüchtete über ihre Rechte informieren.</p>
	<p><b>Hans Mörtter – parteilos:</b></p> <p>a) Arbeit ist Würde. Ich setze mich für Programme ein, die Menschen mit Fluchtgeschichte vom Helferstatus in reguläre, qualifizierte Jobs bringen. Berufliche Fähigkeiten sollen schnell in Qualifikationen übersetzt werden können.</p> <p>b) Anerkennungsverfahren müssen vereinfacht und beschleunigt werden. Ich will eine städtische Koordinierungsstelle, die Geflüchtete und Betriebe gleichermaßen unterstützt.</p> <p>c) Betriebe, die Geflüchtete einstellen, sollen Beratung, Entlastung und klare Ansprechpartner:innen bekommen.</p> <p>d) Prekäre Arbeitsverhältnisse bekämpfen wir mit Aufklärung über Rechte, Rechtsberatung und Zusammenarbeit mit Gewerkschaften. Niemand darf aus Angst ausgebeutet werden.</p>
	<p><b>Roberto Campione – Kölner StadtGesellschaft:</b></p> <p>a. Die Partei setzt sich für kommunale Wirtschaftsförderung, Bildungspartnerschaften, niedrigschwellige Informationsangebote und die Stärkung von Qualifizierungsangeboten ein (VHS, Wirtschaft, Ganzttag).</p> <p>b. Die Digitalisierung von Verwaltungsverfahren, Kooperationen mit Unternehmen und Beratungsstellen sollen die Anerkennung ausländischer Abschlüsse beschleunigen.</p> <p>c. Betriebe sollen durch Netzwerkbildung, städtische Plattformen und Beratung im Einstellungsprozess gefördert werden.</p> <p>Engagement gegen Ausbeutung und für faire Arbeitsbedingungen, u.a. durch Beratung, Netzwerkbildung und enge Kooperation mit Sozialträgern.</p>
	<p><b>Heike Herden – Partei des Fortschritts:</b></p> <p>5 a) Arbeit und Ausbildung öffnen Türen in den Alltag. Darum braucht es klare Qualifizierungswege, gute Kompetenzchecks und ein lebendiges Matching mit Betrieben und Kammern. Städtische Unternehmen sollten dabei vorangehen.</p> <p>5 b) Anerkennungen sollten nicht zermürben, sondern begleiten. Eine Lotsenstelle und pragmatische Teilanerkennungen machen den Einstieg schneller und transparenter</p> <p>5 c) Betriebe brauchen Sicherheit, wenn sie einstellen wollen. Verständliche Informationen zum Aufenthaltsrecht und Arbeitsrecht sowie priorisierte Termine in wichtigen Fällen geben diese Sicherheit. Das erleichtert Planung und schafft Chancen.</p> <p>5 d) Ausbeutung hat in Köln keinen Platz. Beratung, mehrsprachige Aufklärung und konsequente Kontrollen schützen Menschen und faire Arbeitgeber gleichermaßen.</p>



**Frage 6: Spracherwerb fördern**

Deutsche Sprachkenntnisse ermöglichen Teilhabe und sind oft Voraussetzung für eine qualifizierte Beschäftigung. Kommunen können ihren Beitrag zu einem schnellen Spracherwerb geflüchteter Menschen leisten, indem sie für ein adäquates Angebot an (Integrations-) und anderen Sprachkursen sorgen sowohl hinsichtlich der Menge der verfügbaren Plätze als auch hinsichtlich der Belange bestimmter Zielgruppen.

- a) Wie stellen Sie sicher, dass alle Berechtigten zügig einen Integrationskurs bekommen?  
 b) Wie unterstützen Sie Möglichkeiten des Spracherwerbs für Menschen, die noch keinen Anspruch auf einen Integrationskurs haben?  
 c) Welche Angebote machen Sie einzelnen Zielgruppen mit erschwertem Zugang wie z. B. Müttern mit kleinen Kindern?

	<p><b>Berivan Aymaz – Die GRÜNEN</b></p> <p>a) <i>Der Zugang zu Integrationskursen ist entscheidend für Teilhabe und berufliche Perspektiven. Auch wenn Bund und Länder für die Finanzierung und Organisation der Kurse zuständig sind, setzen wir GRÜNE uns auf Landes- und Bundesebene dafür ein, dass ausreichend Kursplätze bereitgestellt und bürokratische Hürden beim Zugang abgebaut werden. In Köln arbeiten wir eng mit Trägern und der Volkshochschule zusammen, um vorhandene Strukturen zu stärken, Bedarfe frühzeitig zu erkennen und die Kurskoordination vor Ort zu verbessern, damit alle Berechtigten zügig einen Platz erhalten.</i></p> <p>b) <i>Für Menschen, die keinen Anspruch auf einen Integrationskurs haben, etwa aufgrund ihres Aufenthaltsstatus, fördert die Stadt ergänzende Angebote. Dazu zählen niedrigschwellige Sprachkurse, ehrenamtlich getragene Formate oder Kursmodelle in sozialen Einrichtungen. Auf Landes- und Bundesebene setzen wir GRÜNE uns zudem dafür ein, dass die Zugangskriterien für geförderte Sprachkurse erweitert und Übergangslösungen geschaffen werden.</i></p> <p>c)</p> <p><i>Menschen, die nur erschwert Zugang zu Sprachkursen haben, beispielsweise Mütter mit kleinen Kindern, benötigen passgenaue Angebote. Wir unterstützen die Kombination von Sprachkursen mit Kinderbetreuung, fördern Lernorte in der Nachbarschaft und setzen uns für flexible Kurszeiten ein. Zudem fördern wir gezielt Träger, die auf die Bedarfe dieser Gruppen spezialisiert sind. Gleichzeitig setzen wir uns auf Landes- und Bundesebene für eine dauerhafte Finanzierung solcher zielgruppenspezifischen Sprachförderangebote ein.</i></p>
	<p><b>Markus Greitemann – CDU:</b></p> <p>a) Die CDU engagiert sich für eine zeitnahe Bereitstellung von Integrationskursen, um eine effektive sprachliche und gesellschaftliche Integration sicherzustellen. Hierfür wird eine enge Kooperation mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) sowie mit lokalen Bildungsträgern angestrebt, um die Kapazitäten kontinuierlich an den aktuellen Bedarf anzupassen. Zur weiteren Verbesserung des Zugangs werden digitale Kursformate sowie flexible Kurszeiten eingeführt, die sowohl räumliche als auch zeitliche Barrieren minimieren und damit Wartezeiten reduzieren. Besondere Aufmerksamkeit gilt der Priorisierung benachteiligter Gruppen, wie alleinerziehenden Personen oder Menschen mit gesicherter Bleibeperspektive, um deren besondere Integrationsbedarfe angemessen zu berücksichtigen. Durch diese Maßnahmen soll gewährleistet werden, dass alle berechtigten Personen zügig sowie bedarfsgerecht Zugang zu Integrationskursen erhalten, was eine wesentliche Voraussetzung für nachhaltige Integration darstellt.</p> <p>b) Die CDU setzt sich für ein breites Spektrum ergänzender Sprachförderangebote ein, um den frühen Abbau von Sprachbarrieren zu gewährleisten. Dazu gehört die enge Zusammenarbeit mit Volkshochschulen und gemeinnützigen Organisationen, die kostenfreie oder kostengünstige Sprachkurse ohne formale Zugangsvoraussetzungen anbieten. Darüber hinaus werden informelle Lernformate wie Sprachcafés, Tandemprogramme und Nachbarschaftshilfen gefördert, welche den Einstieg in die deutsche Sprache erleichtern und soziale Kontakte fördern. Die Nutzung digitaler Lernplattformen und Sprachlern-Apps wird unterstützt, um eigenverantwortliches Lernen zu ermöglichen. Zudem wird das ehrenamtliche Engagement in der Sprachförderung aktiv begleitet, da es eine wichtige Ergänzung zu institutionellen Angeboten darstellt.</p> <p>c) Die Kölner CDU fördert die Mutter-Kind-Gruppen und Familienzentren, die Sprachförderung mit sozialer Beratung und Unterstützung verbinden, um eine ganzheitliche Betreuung sicherzustellen. Die Einbindung von Familienhebammen und Sozialarbeitern</p>



	<p>dient der Vertrauensbildung und dem Abbau von Hemmschwellen, sodass der Zugang zu Sprachangeboten erleichtert wird.</p>
	<p><b>Heiner Kockerbeck – Die Linke:</b></p> <p>a. Wir wollen ausreichend Plätze in Sprach- und Integrationskursen schaffen.</p> <p>b. Sprachkurse müssen kostenfrei, niedrighschwellig und unabhängig vom Aufenthaltsstatus zugänglich sein.</p> <p>c. Teilhabe und Spracherwerb gelingt mittelfristig nur mit verlässlicher Betreuung in Kitas, Schulen und im offenen Ganzttag – dafür braucht es Investitionen in diese Bereiche und gute Arbeitsbedingungen der Mitarbeitenden.</p> <p>Ergänzend sollen dezentrale Sprachkurse mit Kinderbetreuung angeboten werden, damit auch Mütter teilnehmen können. Die Stadt muss zudem offene Angebote für besondere Zielgruppen bei lokalen Communitys und Bildungsträgern fördern, etwa für unbeschulte oder traumatisierte Menschen.</p>
	<p><b>Volker Görzel – FDP:</b></p> <p>a) Sprache ist der Schlüssel zur Integration. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Berechtigte nicht monatelang auf einen Kurs warten, sondern schnell starten können. Dazu gehört, dass wir mehr Anbieter gewinnen, Verfahren digital beschleunigen und auch die städtischen Tochterbetriebe motivieren, Geflüchtete frühzeitig in Sprachförderung einzu binden. So stellen wir sicher, dass Integration nicht auf der Warteliste stehen bleibt.</p> <p>b) Auch wer (noch) keinen Anspruch auf einen Integrationskurs hat, soll nicht ausgeschlossen sein. Deshalb setzen wir auf niedrighschwellige, offene Sprachangebote in den Stadtteilen.</p> <p>Sprache lernen darf keine Frage des Aufenthaltsstatus sein – je schneller Menschen Deutsch lernen, desto schneller können sie sich einbringen und mitgestalten. Das Job Turbo Programm der Ampelregierung war hier ein richtiger Ansatz. Es zielt darauf ab, Geflüchtete schneller in Arbeit zu bringen auch wenn sie nur geringe Deutschkenntnisse haben. Arbeitsaufnahme und Sprachförderung finden parallel statt. Die ist auch eine Chance für Menschen, die noch keinen Anspruch auf einen Integrationskurs haben.</p> <p>c) Gerade Mütter mit kleinen Kindern brauchen besondere Unterstützung. Wir wollen deshalb Sprachkurse mit Kinderbetreuung ermöglichen.</p>
	<p><b>Inga Feuser – Gut &amp; Klimafreunde:</b></p> <p>a) Zugang zu Integrationskursen</p> <p>Wir fordern, dass alle schnell und unbürokratisch Zugang zu Integrationskursen erhalten – auch jenseits formeller Kriterien.</p> <p>b) Sprachförderung ohne Anspruch</p> <p>GUT &amp; KLIMA FREUNDE betonen die Notwendigkeit von kommunal geförderten Sprachkursen auch für Menschen ohne BAMF-Anspruch – etwa durch zivilgesellschaftliche Kooperationen.</p> <p>c) Zielgruppenspezifische Angebote</p> <p>Sprachförderung soll zielgruppenspezifisch sein – z. B. mit Kinderbetreuung für Mütter oder flexiblen Kurszeiten.</p>
	<p><b>Torsten Burmester – SPD:</b></p> <p>Sprachkenntnisse sind eine Grundvoraussetzung für Bildung, Arbeit und Teilhabe. Wir wollen daher ein flächendeckendes Angebot an Sprachkursen in allen Veedeln schaffen – für Erwachsene, Jugendliche und Kinder. Sprachförderung muss eng mit Alltags- und Arbeitswelt verzahnt sein, etwa durch berufsbezogene Kurse oder Sprachcafés. Auch in Kitas und Schulen werden wir mehr Sprachförderpersonal einsetzen, um Kindern von Anfang an faire Bildungschancen zu ermöglichen.</p>



	<p><b>Lars Wolfram – Volt:</b></p> <p>a) Um sicherzustellen, dass alle Berechtigten zeitnah einen Integrationskurs erhalten, fordern wir eine enge Zusammenarbeit mit den Trägern und eine bessere finanzielle und organisatorische Unterstützung durch die Stadt.</p> <p>b) – d) Für Menschen ohne Anspruch auf einen Integrationskurs oder Zielgruppen mit erschwerten Zugang können z.B. die Angebote der Interkulturellen Zentren hilfreich sein. Diese bieten vielfältige und niedrigschwellige Deutschkurse an. Damit diese Angebote erhalten und ausgebaut werden können, ist es für Volt zentral, dass die Interkulturellen Zentren weiterhin finanziell von der Stadt unterstützt werden.</p>
	<p><b>Hans Mörtter – parteilos:</b></p> <p>a) Sprachkurse sind Schlüssel zur Teilhabe. Ich werde dafür sorgen, dass alle Berechtigten schnellstmöglich einen Integrationskursplatz erhalten.</p> <p>b) Auch Menschen ohne formalen Anspruch brauchen Angebote. Hier will ich kommunale Mittel einsetzen, um Sprachcafés, ehrenamtliche Kurse und digitale Lernmöglichkeiten zu fördern.</p> <p>c) Für Gruppen mit besonderen Hürden – wie Mütter mit kleinen Kindern – schaffen wir Kurse mit Kinderbetreuung und flexible Formate.</p>
	<p><b>Roberto Campione – Kölner StadtGesellschaft:</b></p> <p>a. Ausbau und Förderung von Kursangeboten über VHS, Stadtteilzentren, Bibliotheken und digitale Plattformen.</p> <p>b. Sprachförderung wird als Querschnittsaufgabe gesehen: niedrigschwellige, flexible Kursangebote sollen die Lücken schließen.</p> <p>c. Spezielle Fördermaßnahmen für Gruppen wie Mütter mit Kindern sind Teil des Programms – z.B. Kinderbetreuung während Kursen.</p>
	<p><b>Heike Herden – Partei des Fortschritts:</b></p> <p>6 a) Sprache ist Schlüssel und Zugehörigkeit. Zusätzliche Kursplätze mit flexiblen Zeiten helfen, Wartelisten abzubauen und zügig zu starten.</p> <p>6 b) Wer keinen regulären Anspruch hat, darf nicht außen vor bleiben. Brückenkurse und Lerncafés schaffen einen niedrigschwelligen Einstieg in den Veedeln. So wächst Teilhabe Schritt für Schritt.</p> <p>6 c) Unterschiedliche Lebenslagen brauchen passende Angebote. Kurse mit Kinderbetreuung, Formate für Frauen und Eltern sowie berufsbegleitende Sprachförderung machen Sprache direkt nutzbar.</p>

### Frage 7: Kita-Plätze schaffen

Geflüchtete Kinder und Jugendliche in den Kommunen haben sofortigen Anspruch auf einen regulären Kita- bzw. Schulplatz. Für die Bereitstellung entsprechender Plätze sind die Städte und Gemeinden verantwortlich. Das Problem: Es gibt zu wenig Kita-Plätze.

a) Was wollen Sie tun, um dieses Problem zu lösen?

b) Wie wollen Sie eine niedrigschwellige Anmeldepraxis aufbauen, so dass auch Kinder mit Fluchtgeschichte zeitnah einen möglichst wohnortnahen Kitaplatz bekommen?

c) Welche Maßnahmen planen Sie, um die von der Regierung geplante Sprachförderung in den Kitas sicherzustellen?



	<p><b>Berivan Aymaz – Die GRÜNEN</b></p> <p>a) <i>Jedes Kind hat ein Recht auf einen Betreuungsplatz. Gerade für geflüchtete Kinder erleichtert der Besuch der Kita das Ankommen und das Erlernen der neuen Sprache. Doch es fehlen immer noch viele Kita-Plätze. Gerade in Stadtteilen mit einem hohen Sozialindex ist die Betreuungsquote noch lange nicht bei 100 %. Wir werden einen konsequenten quantitativen und qualitativen Ausbau der Kita-Plätze vorantreiben, um allen Kindern einen Betreuungsplatz zu gewährleisten. Neben der Schaffung neuer Kita-Plätze müssen wir auch auf das Angebot mehrsprachig aufmerksam machen. Zudem müssen wir neues, qualifiziertes Personal finden. Dazu brauchen wir attraktive Arbeitsbedingungen, Weiterbildungsmöglichkeiten vom Kinderpfleger zum Erzieher und die Möglichkeit des qualifizierten Quereinstiegs.</i></p> <p>b) <i>Geflüchtete Kinder sollen schnell und ohne unnötige Hürden einen Kitaplatz erhalten. Dazu setzen wir auf eine vereinfachte, mehrsprachige Anmeldepraxis, eine enge Kooperation mit Willkommens- und Beratungsstellen sowie die Unterstützung der Familien beim Ausfüllen digitaler oder schriftlicher Anträge. Darüber hinaus fordern wir eine priorisierte Platzvergabe für Kinder mit besonderem Förderbedarf und arbeiten daran, zusätzliche Plätze zu schaffen – durch Ausbau, Übergangslösungen und die Stärkung freier Träger im ganzen Stadtgebiet.</i></p> <p>c) <i>Damit die geplante Sprachförderung in Kitas umgesetzt werden kann, sind ausreichend qualifiziertes Personal und eine verlässliche Finanzierung notwendig. Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt zusätzliche Sprachförderkräfte einstellt, Fachkräfte gezielt weiterqualifiziert und Kitas mit hohem Förderbedarf mehr Ressourcen erhalten. Gleichzeitig drängen wir auf Landes- und Bundesebene darauf, die Mittel für Sprachförderprogramme dauerhaft zu sichern: damit Sprache von Anfang an ein Türöffner zur Teilhabe ist.</i></p>
	<p><b>Markus Greitemann – CDU:</b></p> <p>a) Um dem Mangel an Kita-Plätzen wirksam zu begegnen, verfolgt die CDU einen mehrgleisigen Ansatz. Zentrale Maßnahmen sind der zügige Ausbau neuer Betreuungsplätze durch Neubauprojekte sowie die Erweiterung bestehender Einrichtungen, insbesondere in Stadtteilen mit besonders hohem Bedarf. Dabei setzt die CDU auf modulare Bauweisen, die eine kurzfristige Schaffung zusätzlicher Plätze ermöglichen. Darüber hinaus wird die Zusammenarbeit mit freien Trägern und privaten Initiativen intensiviert, um das Betreuungsangebot bedarfsgerecht zu erweitern. Zudem sollen vorhandene Kapazitäten besser genutzt werden, etwa durch flexible Öffnungszeiten und Schichtmodelle, die eine höhere Auslastung der Einrichtungen ermöglichen und so mehr Kindern eine Betreuung bieten. Dieser integrierte Ansatz zielt darauf ab, Versorgungslücken schnell zu schließen.</p> <p>b) Zur Sicherstellung eines zeitnahen und wohnortnahen Zugangs zu Kitaplätzen für Kinder mit Fluchtgeschichte setzt die CDU auf Anlaufstellen mit mehrsprachigem Personal in Jugendämtern und sozialen Einrichtungen, die Familien individuell und kultursensibel bei der Anmeldung unterstützen. Eine enge Koordination zwischen Kommunalverwaltung, Kitas und Sozialarbeitern gewährleistet eine bedarfsgerechte Vermittlung der verfügbaren Plätze. Ergänzend setzen wir auf zielgerichtete Informationskampagnen in mehreren Sprachen, um Familien frühzeitig über ihre Rechte und die bestehenden Betreuungsangebote zu informieren und somit den Zugang zu erleichtern.</p> <p>c) Wir investieren in moderne Schulen, stärken die Bildungsgerechtigkeit durch Ganztagsangebote und wollen Sprachförderung ausbauen. Insbesondere in den Kitas wollen wir die Sprachförderung stärken, unabhängig von der familiären Herkunftssprache. Jedes Kind soll bei der Einschulung die deutsche Sprache ausreichend beherrschen, um erfolgreich lernen zu können. Deshalb setzen wir uns für den Ausbau des Sprachkita-Angebots und ein verpflichtendes Vorschuljahr ein, um dieses Ziel für alle Kinder zu erreichen. Außerdem setzen wir uns dafür ein, das Programm der Sprach-Kitas auszubauen, denn sie sind für uns ein Ort der Wertebildung.</p>
	<p><b>Heiner Kockerbeck – Die Linke:</b></p> <p>a., b., c.: Wir unterstützen die Forderungen des DGB Köln, das Kölner Kita-System aufzuwerten und zu stärken. Wir brauchen mehr Personal und eine gute Ausbildung. Wir brauchen ein Konzept für eine berufsbegleitende Fortbildung von Kinderpfleger:innen zur Fachkraft.</p>



	<p><b>Volker Görzel – FDP:</b></p> <p>a) Wir brauchen dringend mehr Kita-Plätze – nicht nur für Kinder aus Köln, sondern auch für Kinder mit Fluchtgeschichte. Unser Ziel ist ein massiver Ausbau der Betreuungsangebote: schnellere Bauverfahren, bessere Förderung von freien Trägern und mehr Flexibilität bei Zwischenlösungen wie Modulbauten. Nur wenn genügend Plätze da sind, haben alle Kinder echte Chancen auf frühe Bildung.</p> <p>b) Es ist insgesamt wünschenswert, dass das Anmeldeverfahren einfacher, digitaler und transparenter wird – für alle Familien mit Wunsch nach einem Kita-Platz. Das gilt übrigens auch für Schulplatzanmeldungen.</p> <p>c) Sprache entscheidet über Bildungschancen – deshalb unterstützen wir die geplante Sprachförderung ausdrücklich. Wir setzen uns dafür ein, dass Sprachförderung fester Bestandteil des Kita-Alltags wird und nicht an mangelnden Ressourcen scheitert. So stellen wir sicher, dass alle Kinder – egal ob mit oder ohne Fluchtgeschichte – bestmögliche Startbedingungen erhalten.</p>
	<p><b>Inga Feuser – Gut &amp; Klimafreunde:</b></p> <p>a) Ausbau der Kita-Plätze</p> <p>GUT &amp; KLIMA FREUNDE machen sich für den Ausbau von Kita-Plätzen stark. Wir fordern schnelle, unbürokratische Verfahren und eine soziale Bedarfsplanung.</p> <p>b) Niedrigschwellige Anmeldung</p> <p>Ein einfaches, digitales und analoges Anmeldeverfahren mit Lotsenstrukturen ist unser Ziel, damit Flüchtlingskinder früh Zugang zu Kita-Plätzen erhalten.</p> <p>c) Sprachförderung sichern</p> <p>Wir unterstützen zusätzliche Sprachförderkräfte in Kitas und wollen Landesmittel dafür einfordern bzw. durch kommunale Initiativen kompensieren.</p>
	<p><b>Torsten Burmester – SPD:</b></p> <p>Frühe Bildung und Betreuung sind entscheidend für Integration und Chancengleichheit. Wir werden den Kita-Ausbau massiv beschleunigen – durch zusätzliche Investitionen, schnellere Genehmigungen und die Priorisierung in neuen Wohnquartieren. Die Gewinnung und Qualifizierung von Erzieher*innen ist zentral, deshalb setzen wir auf Ausbildungsoffensiven, bessere Bezahlung und attraktivere Arbeitsbedingungen. Flexible Betreuungszeiten sollen Familien mit Schicht- oder Wochenendarbeit entlasten.</p>
	<p><b>Lars Wolfram – Volt:</b></p> <p>a) Volt Köln setzt auf datenbasierte Planung, um den Bedarf frühzeitig zu erkennen – durch Auswertung von Geburtenzahlen und Anmelde-daten lässt sich Prognose-getrieben vorausschauender handeln und Engpässe vermeiden. Zusätzlich unterstützen wir den modularen Kitabau (analog zum Berliner MoKiB-Modell), fördern Kapazitätsoptimierung in bestehenden Einrichtungen über Prämien und setzen auf eine spezialisierte Task-Force zur Priorisierung dringender Fälle. Parallel stärken wir Quereinsteigerprogramme zur gezielten Fachkräftegewinnung. So soll eine schnelle, flexible und nachhaltige Erweiterung der Kapazitäten möglich werden.</p> <p>b) Volt Köln will ein transparentes, digitales und mehrsprachiges Anmeldesystem etablieren, in dem besonders dringliche Fälle priorisiert werden können. Zusammen mit datenbasierter Steuerung schafft dies eine inklusive, barrierearme Anmeldung, die auch geflüchtete Familien dabei unterstützt, zu wohnortnaher Betreuung.</p> <p>c) Volt fordert flächendeckende, bedarfsgerechte Sprachförderung in allen Kitas. Die digitale und datengetriebene Herangehensweise erlaubt auch hierbei eine gezielte Ressourcenverteilung nach tatsächlichem Bedarf. Zudem unterstützen wir innovative</p>



	<p>Konzepte wie die <i>Kleingarten-Kita</i>, die nicht nur Betreuungsplätze schafft, sondern auch naturnahe Lernumgebungen fördert.</p>
	<p><b>Hans Mörtter – parteilos:</b></p> <p>a) Der Kita-Ausbau hat absolute Priorität. Ich werde den Bau neuer Einrichtungen beschleunigen, Kooperationen mit freien Trägern ausbauen und auch leerstehende Räume kreativ nutzen.</p> <p>b) Die Anmeldung zu Kita-Plätzen muss niedrigschwellig, digital und unbürokratisch sein. Niemand darf durch komplizierte Verfahren ausgeschlossen werden.</p> <p>c) Sprachförderung in Kitas ist unverzichtbar. Sie muss verbindlich und dauerhaft finanziert werden – nicht als Sparposten.</p>
	<p><b>Roberto Campione – Kölner StadtGesellschaft:</b></p> <p>a/b/c Sanierung, Neubau und Umbau von Kitas haben Priorität. Anmeldeverfahren werden digitalisiert und vereinfacht, Plätze durch flexible Modelle und Kooperationen mit Trägern erweitert. Sprachförderung soll in Kitas mittels personeller und konzeptioneller Stärkung garantiert werden (Verwebung von Bildung, Betreuung und Integration).</p>
	<p><b>Heike Herden – Partei des Fortschritts:</b></p> <p>7 a) Familien brauchen schnell verlässliche Betreuung. Ein Sofortprogramm mit Übergangslösungen, schnelleren Genehmigungen und aktiver Personalgewinnung schafft spürbare Entlastung. So entsteht Luft zum Durchatmen.</p> <p>7 b) Anmeldung darf nicht zur Hürde werden. Eine einfache, mehrsprachige Beratung mit Kita Lotsen und Vergabe möglichst wohnortnah nimmt Druck aus der Suche.</p> <p>7 c) Früh sprachlich gefördert zu werden, stärkt Kinder fürs Leben. Gute Konzepte brauchen verlässliche Finanzierung und Fortbildungen, damit Qualität überall ankommt. Das ist eine Investition in Chancengerechtigkeit.</p>

**Frage 8: Menschenwürdige Versorgung unterstützen (Gesundheit, Bezahlkarte und Wohnen)**

- a) Wie lautet Ihre Position bezüglich der Bezahlkarte für Schutzsuchende? Werden Sie sich dafür einsetzen, dass der Ratsbeschluss beibehalten wird?
- b) Wie stehen Sie zum Anonymen Krankenschein (AKS)? Werden Sie sich für seine Fortsetzung über das Jahr 2026 hinaus einsetzen?
- c) Wie setzen Sie sich für die angemessene Unterbringung von geflüchteten Menschen ein? Wie wollen Sie es schaffen, dass mehr bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung steht?
- d) Wie setzen Sie sich für eine gerechte Nutzungsgebühr für die Bewohner:innen in städtischen Unterkünften ein? Wie wollen Sie dafür sorgen, dass das Problem der Mietschulden sozialverträglich gelöst wird?

	<p><b>Berivan Aymaz – Die GRÜNEN</b></p> <p>a) Die Bezahlkarte stigmatisiert Menschen mit Fluchtgeschichte und schränkt ihre Selbstbestimmung ein. Daher ist die Bezahlkarte diskriminierend und schließt Menschen von gesellschaftlicher Teilhabe aus. Wir GRÜNE und unsere Oberbürgermeisterkandidatin Berivan Aymaz lehnen die Bezahlkarte ab. Wir haben unsere Haltung in der Vergangenheit im Rat deutlich gemacht und dafür gestimmt, dass rückwirkend von der Opt-out-Regelung des § 4 der Bezahlkartenverordnung (BKV NRW) Gebrauch gemacht werden kann. Ausgrenzende Maßnahmen wie die Bezahlkarte, die Integration unterbinden statt fördern, werden wir auch zukünftig vehement ablehnen.</p> <p>b) Der anonyme Krankenschein ermöglicht einen niederschweligen Zugang zu medizinischer Versorgung, ohne dass die Angst vor einer Weitergabe der Daten an Behörden besteht. Aus grüner Sicht ist der anonyme Krankenschein ein Instrument, das das Menschenrecht auf Gesundheit ernst nimmt. Er senkt Barrieren, verhindert Diskriminierung beim Zugang zu medizinischer Versorgung und schützt die öffentliche Gesundheit, indem Krankheiten frühzeitig behandelt werden können. Die Einführung und Finanzierung des anonymen Krankenscheins haben wir GRÜNE daher maßgeblich vorangetrieben.</p>
---	---



	<p>Seit dem Start im Sommer 2023 sehen wir, wie wirksam dieses Herzensprojekt ist und wie vielen Menschen damit geholfen wurde – sei es durch eine Behandlung, eine Beratung oder die Überführung in eine reguläre Krankenversicherung. Daher werden unsere Oberbürgermeisterkandidatin Berivan Aymaz und wir uns ausdrücklich für die Fortführung des Anonymen Krankenscheins einsetzen.</p> <p>c) Als Kölner GRÜNE setzen wir uns für eine menschenwürdige, dezentrale und integrationsfördernde Unterbringung von geflüchteten Menschen ein. Unterkünfte müssen Privatsphäre, Rückzugsmöglichkeiten und die Möglichkeit zur Selbstversorgung bieten. Eine langfristige Unterbringung in Sammelunterkünften lehnen wir ab. Deshalb haben wir GRÜNE den schrittweisen Ausstieg aus Gemeinschaftsunterkünften beschlossen, damit Geflüchtete in abgeschlossenen Wohneinheiten leben können. Zugleich haben wir Mittel für Leitlinien, Mindeststandards, die Ombudsstelle und das Gewaltschutzkonzept bereitgestellt, um solange menschenwürdige Bedingungen auch in den bestehenden Unterkünften zu sichern.</p> <p>Wir arbeiten kontinuierlich daran, den Übergang aus städtischen Unterkünften in regulären Wohnraum zu erleichtern – insbesondere durch die Stärkung des Auszugsmanagements Köln. Dieses unterstützt geflüchtete Menschen dabei, auf dem freien Wohnungsmarkt Fuß zu fassen. Es vernetzt Akteur*innen, berät individuell und hilft dabei, geeigneten Wohnraum zu finden. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, diese Strukturen auszubauen und langfristig abzusichern.</p> <p>Gleichzeitig treiben wir den Bau von bezahlbarem, kommunalem und genossenschaftlichem Wohnraum voran. In unserem Kommunalwahlprogramm 2025 betonen wir: Wohnen ist ein Menschenrecht. Dafür wollen wir kommunale Flächen konsequent für den sozialen Wohnungsbau sichern, das kommunale Vorkaufsrecht nutzen und eine diskriminierungsfreie Wohnraumvermittlung fördern.</p> <p>d) Die derzeitige Erhebung von Nutzungsgebühren in städtischen Unterkünften bedeutet für viele geflüchtete Menschen eine erhebliche finanzielle Belastung. Die Gebühren stehen oft in keinem angemessenen Verhältnis zur tatsächlichen Wohnqualität. Das halten wir GRÜNEN für ungerecht. Im Kölner Stadtrat haben wir uns deshalb dafür eingesetzt, dass die Nutzungsgebühren sozial überprüft und gegebenenfalls angepasst werden. Für uns ist wichtig: Die Kostenbeteiligung muss transparent, verhältnismäßig und sozial abgefedert sein – insbesondere bei Menschen, die nur über sehr geringe Einkommen verfügen.</p> <p>Für Menschen, die bereits Mietschulden aufgebaut haben, setzen wir uns für individuelle, sozialverträgliche Lösungen ein. Dazu gehören beispielsweise Erlassmodelle, Ratenzahlungen oder die Vermittlung an eine professionelle Schuldnerberatung. Unser Ziel ist, dass niemand aufgrund dieser Schulden vom Zugang zum Wohnungsmarkt oder vom Auszug in eigenständige Wohnformen abgehalten wird. Auch hier spielt das Auszugsmanagement Köln eine zentrale Rolle: Es unterstützt gezielt Menschen mit Unterstützungsbedarf dabei, aus prekären Wohnverhältnissen in eine selbstbestimmte Wohnsituation zu wechseln. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dieses Instrument zu stärken und mit weiteren sozialen Unterstützungsangeboten zu verzahnen.</p>
	<p><b>Markus Greitemann – CDU:</b></p> <p>a) Bezahlkarte: Die Versorgung von Schutzsuchenden in Köln ist eine große Herausforderung, die sowohl humane Standards als auch gute Verwaltungsstrukturen erfordert. Ein Beispiel hierfür ist die Bezahlkarte für Schutzsuchende, die das Land NRW in diesem Jahr eingeführt hat. Der Kölner Stadtrat beschloss im April 2025 mehrheitlich, keine Bezahlkarte einzuführen. Die CDU Köln bekennt sich dennoch weiterhin klar zu diesem Instrument. Die Bezahlkarte schafft Transparenz, verhindert Missbrauch und ermöglicht Schutzsuchenden schnelle, unbürokratische Hilfe. Auch wenn der Ratsbeschluss aktuell anders lautet, bleibt die Partei standhaft und wird weiter für die Einführung kämpfen, da Verantwortung für das Gemeinwohl kluge und mutige Lösungen erfordert.</p> <p>b) Im Bereich der gesundheitlichen Versorgung hat sich der Anonyme Krankenschein (AKS) bewährt. Seit 2023 ermöglicht er Menschen ohne regulären Krankenversicherungsschutz den Zugang zu medizinischen Leistungen und wurde bis Ende 2026 verlängert. Die CDU Köln sieht im AKS eine pragmatische Lösung, die sowohl den Betroffenen als auch dem öffentlichen Haushalt dient. Eine Fortführung über 2026 hinaus wird unterstützt, wenn Transparenz, Kostenkontrolle und nachhaltige Finanzierung gewährleistet sind.</p> <p>c) Die Wohnsituation vieler Geflüchteter bleibt problematisch: Oft fehlt es an Privatsphäre und Möglichkeiten zur Selbstversorgung, während die hohen Nutzungsgebühren nicht dem Wohnwert entsprechen und zu finanzieller Not führen. Die CDU Köln setzt sich</p>



	<p>daher für den Ausbau dezentraler Unterkünfte mit abgeschlossenen Wohneinheiten ein. Zudem fordert sie eine sozial verträgliche Anpassung der Entgelte mit Härtefallregelungen, Ratenzahlungen und enger Zusammenarbeit mit Schuldnerberatungsstellen.</p> <p>d) Als CDU Köln stehen wir für einen Staat, der hilft, aber verantwortungsvoll mit öffentlichen Mitteln umgeht. Nutzungsgebühren in städtischen Unterkünften müssen fair bemessen sein: Wer zahlen kann, soll beitragen, wer nicht, braucht Schutz durch Härtefallregelungen, Ratenzahlungen und Schuldnerberatung. Unser Ziel ist es, Menschen aus Übergangsunterkünften in den regulären Wohnungsmarkt zu integrieren, mit mehr bezahlbarem Wohnraum, schnelleren Verfahren und enger Zusammenarbeit mit Wohnungsbaugesellschaften, Genossenschaften und privaten Vermietern. Gute Wohnpolitik lindert Not, darf sich aber nicht in dauerhaften Provisorien erschöpfen.</p>
	<p><b>Heiner Kockerbeck – Die Linke:</b></p> <p>a. Es darf keine Bezahlkarte geben! Inzwischen sind immer mehr Kommunen gegen die Bezahlkarte. Das macht uns Mut. Die Bezahlkarte ist repressiv und ein bürokratisches Monster. Die Linke hat frühzeitig den Widerstand gegen die Bezahlkarte mit organisiert.</p> <p>b. Der Anonyme Krankenschein muss fortgesetzt werden und langfristig als kommunale Aufgabe definiert werden. Die Krankenkassen müssen die Finanzierung übernehmen.</p> <p>c. Wir stehen weiterhin dazu, die Notaufnahme Herkulesstr. zu schließen. Schlechte Unterbringungen müssen reduziert werden und z.B. Einrichtungen in Systembauweise verstärkt werden. Mehr Geflüchtete müssen in Wohnungen untergebracht werden.</p> <p>d. Mietschulden müssen abgeschrieben bzw. niedergeschlagen werden. Das kann die Verwaltung sehr wohl machen und das hat Die Linke gefordert. Sehr oft sind die Mietforderungen generell zu hoch für Menschen, die in Arbeit sind. Auf Nutzungsgebühren gänzlich zu verzichten, halten wir nicht für richtig, da der Stadt Köln ohne diese Abrechnung ca. 20 Mio. Euro Bundeszuschüsse im Jahr fehlen.</p>
	<p><b>Volker Görzel – FDP:</b></p> <p>a) Die FDP hat schon im vergangenen Jahr in einem Ratsantrag die Einführung einer Bezahlkarte gefordert, um den Verwaltungsaufwand zu reduzieren und dem Beispiel anderer Bundesländer zu folgen. Folgerichtig werden wir einen Beschluss, die Bezahlkarte in Köln nicht einzuführen, ablehnen.</p> <p>b) Wir sprechen uns für den Erhalt des anonymen Krankenscheins aus und sind froh, dass er auf Druck der Träger und der Opposition nicht den Sparplänen der Verwaltung zum Opfer gefallen ist. Er hat sich bewährt und seine Abschaffung wäre ein klarer Rückschritt für die Gesundheitsversorgung der Betroffenen.</p> <p>c) Wir setzen uns für eine dezentrale Unterbringung von Geflüchteten ein. Das ist sowohl im Sinne der Geflüchteten als auch im Sinne der Anwohnerschaft. Im Hinblick auf die Unterstützung bei der Wohnungssuche setzen wir vor allem auf das Auszugsmanagement.</p> <p>Wir setzen uns schon seit Jahren für den Abbau von bürokratischen Hürden beim Bauen ein und stehen dem kooperativen Baulandmodell, Milieuschutzsatzungen etc. kritisch gegenüber. Diese Instrumente behindern die Bautätigkeit. Dagegen begrüßen wir die Diskussion über eine Senkung der Baustandards. Ziel muss es ein, die Bautätigkeit zu erhöhen. Nur so erhalten wir auch mehr bezahlbaren Wohnraum.</p> <p>d) Das Thema Nutzungsgebühr ist wirklich ein sehr komplexes Problem. Es kann nicht sein, dass Geflüchtete, die ein Arbeit annehmen, ihren gesamten Verdienst für die Nutzungsgebühr aufbringen müssen. Damit geht jeglicher Anreiz eine Arbeit aufzunehmen, verloren. Wir setzen uns dafür ein, dass die Politik gemeinsam mit Verwaltung, Jobcenter und Betroffenen praktikable und rechtskonforme Lösungen findet.</p>
	<p><b>Inga Feuser – Gut &amp; Klimafreunde:</b></p> <p>a) Bezahlkarte</p> <p>GUT &amp; KLIMA FREUNDE lehnen die Bezahlkarte ab. Wir begrüßen den gültigen Ratsbeschluss und wollen uns gegen Einschränkungen der Selbstbestimmung von Geflüchteten einsetzen.</p>



	<p>b) Anonymer Krankenschein</p> <p>Wir sprechen uns klar für die Fortführung des Anonymen Krankenscheins über 2026 hinaus aus, da Gesundheit ein Grundrecht ist.</p> <p>c) Wohnen</p> <p>Wir fordern menschenwürdige Unterbringung statt Massenquartiere. Wir setzen uns für mehr sozialen Wohnungsbau, Wohnraumsicherung und eine sozial gerechte Wohnpolitik ein.</p> <p>d) Nutzungsgebühr &amp; Mietschulden</p> <p>GUT &amp; KLIMA FREUNDE fordern eine gerechte, einkommensabhängige Gebührenregelung und Unterstützung bei Schuldenregulierung, z. B. durch Schuldnerberatung.</p>
	<p><b>Torsten Burmester – SPD:</b></p> <p>Wir stehen für eine menschenwürdige Unterbringung, Gesundheitsversorgung und soziale Teilhabe aller Menschen, unabhängig vom Aufenthaltsstatus. Unterkünfte müssen sicher, sauber und angemessen ausgestattet sein. Wir setzen uns für eine Gesundheitskarte für alle ein, um den Zugang zur medizinischen Versorgung zu erleichtern. Die Einführung einer Bezahlkarte ist der falsche Weg, da sie diskriminierend wirkt und zu mehr Bürokratie führt. Wohnraumversorgung bleibt ein zentrales Ziel – hier wollen wir auch durch kommunale und gemeinwohlorientierte Projekte dauerhaft Lösungen schaffen.</p>
	<p><b>Lars Wolfram – Volt:</b></p> <p>a) Volt lehnt die Einführung einer Bezahlkarte ab. Statt ein neues, teures Parallelsystem zu schaffen, sollte das bereits etablierte Basiskonto genutzt werden. Es ist praktikabler und weniger bürokratisch. Die Bezahlkarte darf kein Instrument der Abschreckung sein. Einschränkungen bei Bargeld, regionaler Nutzung oder Onlinehandel erschweren Alltagsleben, Mobilität und Integration unnötig. Zudem ist festzuhalten, dass Asylsuchende kaum finanziellen Spielräume haben, um überhaupt nennenswerte Geldbeträge ins Ausland zu überweisen.</p> <p>b) Der Anonyme Krankenschein ist ein wichtiges Instrument, um Menschen ohne Krankenversicherung und unabhängig vom Aufenthaltsstatus Zugang zu medizinischer Versorgung zu ermöglichen. Volt setzt sich dafür ein, dass dieses Angebot im städtischen Haushalt verankert bleibt.</p> <p>c) Volt Köln setzt sich für eine dezentrale und menschenwürdige Unterbringung von Geflüchteten sowie für mehr bezahlbaren Wohnraum für alle ein. Gemeinschaftsunterkünfte sollen die Ausnahme sein – unser Ziel ist die Unterbringung in regulären Wohnungen. Dafür unterstützen wir das Auszugsmanagement und setzen uns für eine aktive Begleitung bei der Wohnungssuche und -finanzierung ein.</p> <p>Um mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, fordern wir die Gründung einer neuen, rein städtischen Wohnungsbaugenossenschaft nach Wiener Vorbild. Diese soll dauerhaft im städtischen Eigentum bleiben, gemeinwohlorientiert handeln und jährlich mindestens 400 preisgünstige Wohnungen errichten. Zudem wollen wir städtische Flächen nur noch in Erbpacht vergeben, digitale Baugenehmigungen konsequent nutzen und unnötige bürokratische Hürden abbauen. Die kommunale Wohnbauleitstelle soll personell gestärkt werden, um die Umsetzung dieser Ziele effizient voranzutreiben.</p> <p>d) In Kölner Unterkünften müssen geflüchtete Menschen teilweise sehr hohe Mieten zahlen, sobald sie erwerbstätig sind. Diese Mieten liegen oft über der Mietobergrenze, da zusätzlich auch Dienstleistungen innerhalb der Unterkunft berechnet werden. Volt</p>



	<p>sieht Bedarf an einer grundlegenden Überarbeitung: Die Mietkosten müssen so gestaltet werden, dass sie sozial gerecht sind und keine falschen Anreize setzen. Menschen, die erfolgreich eine Arbeit aufgenommen haben, dürfen nicht durch hohe Unterkunftskosten faktisch bestraft werden.</p> <p>Da geflüchtete Menschen auf dem Wohnungsmarkt besonders große Hürden haben, braucht es klare kommunale Verantwortung: Jeder Fall von Mietschulden muss individuell geprüft werden, und existenzbedrohende Schulden dürfen nicht weiterverfolgt werden. In solchen Fällen soll die Stadt auf die Forderungen verzichten, um die Integration nicht zu gefährden.</p>
	<p><b>Hans Mörtter – parteilos:</b></p> <p>a) Die Bezahlkarte lehne ich ab. Sie entmündigt und diskriminiert Menschen. Der Ratsbeschluss gegen die Einführung muss bestehen bleiben.</p> <p>b) Der anonyme Krankenschein ist ein wichtiges Instrument, um Gesundheitsversorgung für alle sicherzustellen. Ich setze mich dafür ein, ihn über 2026 hinaus zu verlängern.</p> <p>c) Beim Wohnen gilt: Menschen brauchen Privatsphäre und Selbstbestimmung. Ich will bezahlbaren Wohnraum schaffen – mit 50 % Sozialquote bei Neubauten, einer neuen städtischen Wohnungsgesellschaft und Housing First.</p> <p>d) Nutzungsgebühren in Unterkünften müssen sozial verträglich gestaltet werden. Mietschulden dürfen nicht in die Verzweiflung führen. Ich setze auf faire Regelungen und Entschuldungsmodelle.</p>
	<p><b>Roberto Campione – Kölner StadtGesellschaft:</b></p> <p>Die Mehrheit unserer Mitglieder hat sich aus praktischen Gründen für eine Bezahlkarte ausgesprochen: Es geht nicht darum, Menschen in Not nicht alle Hilfe zukommen zu lassen. Allerdings beugen wir hier einigen wenigen Fällen von Sozialbetrug vor. Wir befürworten den AKS und werden uns dafür einsetzen, dass dieser über 2026 hinaus fortgeführt wird.</p> <p>a. Starker Fokus auf den Ausbau bezahlbaren Wohnraums, gemeinnützige Wohnungsbau-gesellschaft "Woik – Wohnen in Köln", soziale Staffelungen bei Gebühren. Ein sozialverträglicher Umgang mit Mietschulden: Beratung, Härtefallregelungen und Transparenz sind vorgesehen.</p>
	<p><b>Heike Herden – Partei des Fortschritts:</b></p> <p>8a) Unterstützung soll würdevoll und praxistauglich sein. Grundsätzlich befürworte ich eine Bezahlkarte im Sinne eines datenschutzsicheren, diskriminierungsfreien Kölner Modells, das Bargeldbedarfe über klar geregelte Ausnahmen abdeckt, transparente Widerspruchsmöglichkeiten bietet und unabhängig evaluiert wird.</p> <p>8 b) Gesundheit darf nicht am Status scheitern. Der Anonyme Krankenschein sollte fortgeführt und über 2026 hinaus gesichert werden.</p> <p>8c) Ein eigenes Zuhause gibt Ruhe und Perspektive. Vorrang hat dezentrale Unterbringung mit Privatsphäre und Kochmöglichkeiten sowie der zügige Zugang zu bezahlbarem Wohnraum über GAG, zusätzliche Belegungsrechte, Wohnungslotsen und die Aktivierung von Leerstand.</p> <p>8 d) Wer Gebühren nicht stemmen kann, braucht Beratung und faire Lösungen. Ratenmodelle und Prävention von Überschuldung helfen, wieder Tritt zu fassen. Ich finde, so bleibt Würde gewahrt.</p>



### Frage 9: Abschiebungen: Ermessensspielräume und Schutznormen beachten

Die Voraussetzungen für die Durchführung von Abschiebungen sind im AufenthG gesetzlich geregelt. Oftmals ist jedoch festzustellen, dass vorhandene Ermessensspielräume nur unzureichend genutzt werden, insbesondere bei Personen in Ausbildung und Arbeit, bei besonderen Integrationsleistungen oder bei Vorliegen von Vulnerabilität, z.B. bei Erkrankungen oder Behinderungen.

- a) Wie schützen Sie besonders vulnerable Gruppen vor Abschiebung?
- b) Wie achten Sie das Kindeswohl?
- c) Wie verhindern Sie nächtliche Abschiebungen, Abschiebungen aus Schulen und Krankenhäusern?

	<p><b>Berivan Aymaz – Die GRÜNEN</b></p> <p>a) Als GRÜNE setzen wir uns auf kommunaler Ebene dafür ein, besonders schutzbedürftige Gruppen wie Kranke, Schwangere, unbegleitete Minderjährige oder Opfer von Gewalt vor Abschiebung zu schützen. Dazu halten wir die Verwaltung zu einer wohlwollenden Auslegung aller rechtlichen Spielräume an, nutzen konsequent Härtefallregelungen und sichern Betroffene durch spezialisierte Beratungsstellen sowie medizinische und psychosoziale Unterstützung ab.</p> <p>b) Für uns hat das Kindeswohl sehr hohe Priorität. Wir setzen uns dafür ein, dass bei allen Entscheidungen zum Aufenthaltsstatus die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen im Mittelpunkt stehen. Dazu gehört eine enge Zusammenarbeit von Jugendamt, Schulen und Beratungsstellen, um stabile Lebensverhältnisse zu sichern und Familienzusammenführungen zu ermöglichen. Wir fordern, dass kinderrechtliche Standards verbindlich angewendet werden – auch bei Abschiebungen.</p> <p>c) <i>Wir GRÜNE lehnen nächtliche Abschiebungen strikt ab, da sie traumatisierend und unverhältnismäßig sind. Wenn Abschiebungen unabwendbar sind, dann sollen sie nur tagsüber und mit ausreichender Vorankündigung erfolgen. Abschiebungen aus Schulen und Krankenhäusern sind für uns mit einem menschenwürdigen Umgang unvereinbar – solche Maßnahmen müssen rechtlich ausgeschlossen werden. Wir fordern klare Richtlinien und Kontrollmechanismen, die diese Schutzstandards verbindlich machen.</i></p>
	<p><b>Markus Greitemann – CDU:</b></p> <p>a) Die CDU Köln betont, dass der Staat Recht durchsetzen muss, dabei aber den Menschen nicht aus den Augen verlieren darf. Besonders verletzte Personen – etwa bei Krankheit, Schwangerschaft, Behinderung oder seelischer Not – benötigen besondere Fürsorge. Behörden sollen ihre Ermessensspielräume verantwortungsvoll nutzen, den Einzelfall sorgfältig prüfen und fachliche Beratung einbeziehen. Wichtig ist hier die Härtefallkommission, die individuelle Situationen berücksichtigt. Wer bereits integriert ist – durch Arbeit, Ausbildung oder Familie – verdient eine faire Prüfung auf Bleiberecht. Ordnung ist Grundlage des Staates, doch Ordnung ohne Gerechtigkeit wäre kein Deutschland.</p> <p>b) Die CDU Köln misst dem Kindeswohl rechtlich wie moralisch höchste Bedeutung bei. Es steht über allen staatlichen Entscheidungen, auch im Aufenthaltsrecht. Familien mit minderjährigen Kindern werden daher besonders sorgfältig behandelt. Individuelle Anhörungen, fachliche Einschätzungen und genaue Prüfungen sollen Fehlentscheidungen vermeiden. Bei Entscheidungen über Duldung (§ 60a AufenthG) oder Aufenthaltstitel (§ 25 AufenthG) fließen Integrationsleistungen wie Schulbesuch, Sprachkenntnisse und soziale Einbindung ebenso ein wie bürgerschaftliches Engagement in Schule, Sport oder Gemeinde. Wer Verantwortung übernimmt und sich aktiv einbringt, wird als Teil unserer Gesellschaft anerkannt.</p> <p>c) Die CDU steht für einen konsequenten, rechtsstaatlichen Vollzug des Ausländerrechts. Abschiebungen sind notwendig, müssen aber respektvoll erfolgen. Nächtliche Abschiebungen oder solche aus Schulen und Krankenhäusern sollen vermieden werden, sofern keine Sicherheitsgründe entgegenstehen. Das Kindeswohl darf dabei nicht gefährdet werden. Gleichzeitig braucht es klare Regeln, schnellere Verfahren und bessere Organisation, damit Menschen ohne Bleiberecht unser Land verlassen. Freiwillige Ausreisen sollen durch Rückkehrberatung gefördert, Zwangsabschiebungen mit ausreichenden Kapazitäten rechtsstaatlich durchgesetzt werden.</p>



	<p><b>Heiner Kockerbeck – Die Linke:</b></p> <p>a., b., c.: Wir sind gegen Abschiebungen und unterstützen Widerstand gegen Abschiebungen!</p>
	<p><b>Volker Görzel – FDP:</b></p> <p>Die Ausländerrechtliche Beratungskommission, in der wir seit Gründung gerne und gut vertreten sind, werden Härtefälle berücksichtigt. Dieses Instrument ist einzigartig und muss Bestand haben. Wir sind gegen Abschiebungen aus Schulen, dies ist auch in Köln festgeschrieben.</p>
	<p><b>Inga Feuser – Gut &amp; Klimafreunde:</b></p> <p>a) Schutz vulnerabler Gruppen</p> <p>Wir fordern eine strikte Berücksichtigung von Vulnerabilität, insbesondere bei Krankheit, Behinderung oder psychischer Belastung.</p> <p>b) Kindeswohl beachten</p> <p>GUT &amp; KLIMA FREUNDE sehen das Kindeswohl als unantastbar – Abschiebungen dürfen nicht gegen Kinderrechte verstoßen.</p> <p>c) Keine nächtlichen Abschiebungen</p> <p>Wir lehnen nächtliche oder traumatisierende Abschiebepraktiken entschieden ab – insbesondere aus Schulen oder Kliniken.</p>
	<p><b>Torsten Burmester – SPD:</b></p> <p>Wir stellen uns konsequent gegen Abschiebungen in unsichere Staaten. Humanitäre Härtefallregelungen werden wir konsequent anwenden. Wir setzen auf Integration statt Abschiebung und wollen sicherstellen, dass Familien nicht auseinandergerissen werden. Entscheidungen sollen immer den individuellen Lebensweg, die Integration und die Verwurzelung in unserer Stadt berücksichtigen.</p>
	<p><b>Lars Wolfram – Volt:</b></p> <p>Volt Köln setzt sich für humane Abschiebungen ein und fordert, weitere Belastungen zu vermeiden. Das gilt besonders für vulnerable Gruppen, wie Kinder, Schwangere und Kranke. Abschiebungen sollen nicht nachts oder aus Schulen und Krankenhäusern heraus erfolgen. Die Volt-Fraktion hat im Rat beschlossen, dass die Stadt klare Leitlinien zum Schutz des Kindeswohls bei aufenthaltsbeendenden Maßnahmen entwickelt, gemeinsam mit dem Jugendamt und mit dem Runden Tisch für Flüchtlingsfragen.</p> <p>Kölns Selbstverpflichtungen als „Kinderfreundliche Kommune“ und „Sicherer Hafen“ müssen berücksichtigt werden. Bei Ausreisepflicht sollen frühzeitig die Ausländerrechtliche Beratungskommission (ABK), die Härtefallkommission des Landes und die Beratungsstellen für Geflüchtete einbezogen werden. Besonders bei Abschiebungen von Minderjährigen soll die ABK aktiv beteiligt werden. Volt wird sich dafür einsetzen, dass die Leitlinien zum Kindeswohl konsequent angewendet werden.</p>



	<p><b>Hans Mörzter – parteilos:</b></p> <p>a) Vulnerable Gruppen müssen geschützt werden. Krankheit, Behinderung oder nachweisliche Integration sind klare Gründe gegen Abschiebung.</p> <p>b) Das Kindeswohl hat oberste Priorität. Kinder brauchen Sicherheit, nicht Angst vor Abschiebung.</p> <p>c) Ich werde dafür sorgen, dass es keine nächtlichen Abschiebungen und keine Abschiebungen aus Schulen oder Krankenhäusern gibt.</p>
	<p><b>Roberto Campione – Kölner StadtGesellschaft:</b></p> <p>a. Besonders vulnerable Gruppen werden gezielt geschützt: Kindeswohl und Gesundheit werden respektiert, es sollen keine nächtlichen Abschiebungen oder Abschiebungen aus sensiblen Räumen geben. Die Nutzung aller existierenden Spielräume wird zugesichert.</p>
	<p><b>Heike Herden – Partei des Fortschritts:</b></p> <p>9 a) Besonders schutzbedürftige Menschen verdienen größtmögliche Sorgfalt. Standardisierte Prüfungen und enge fachliche Begleitung verhindern falsche Entscheidungen.</p> <p>9 b) Das Wohl von Kindern steht an erster Stelle. Bildungswege und Familienbindungen müssen sichtbar in Entscheidungen einfließen.</p> <p>9 c) Abschiebepraktiken dürfen nicht zusätzlich verletzen. Nächtliche Maßnahmen sowie Zugriffe in Schulen oder Krankenhäusern lehne ich ab. Respekt und Vorsicht sind hier die Leitlinien.</p>

**Frage 10: Kirchenasyl schützen**

Mit dem Kirchenasyl kommen die Kirchen ihrer ethischen Verantwortung nach.

- a) Werden Sie sich aktiv für den Schutz und die Stärkung des Kirchenasyls einsetzen, z.B. dass das zwischen Land und Kirchen beschlossene Abkommen eingehalten wird und keine Abschiebungen aus Kirchen stattfinden?
- b) Setzen Sie sich dafür ein, dass Gemeinden, Geistliche und Ordensleute nicht kriminalisiert werden, weil sie Kirchenasyl gewähren?

	<p><b>Berivan Aymaz – Die GRÜNEN</b></p> <p>a) Ja, wir setzen uns eindeutig für den Schutz und die Stärkung des Kirchenasyls ein. Das Kirchenasyl ist ein Akt der Humanität und stellt ein letztes Schutzinstrument dar, wenn staatliche Verfahren versagen oder unzureichend geprüft wurden. Für uns ist es selbstverständlich, dass das Abkommen zwischen Kirchen und Landesregierung geachtet wird. Abschiebungen aus Kirchenräumen lehnen wir hingegen entschieden ab, da sie das Vertrauen in rechtsstaatliche Verfahren und den gesellschaftlichen Zusammenhalt untergraben.</p> <p>b) Wir halten es für vollkommen inakzeptabel, dass Menschen kriminalisiert werden, die Verantwortung übernehmen und Schutz gewähren. Mit dem Kirchenasyl leisten Gemeinden und kirchliche Einrichtungen einen wichtigen Beitrag zum Schutz der Menschenwürde. Wer so handelt, braucht Rückendeckung statt strafrechtlicher Verfolgung. Wir setzen uns daher dafür ein, dass Gemeinden, Geistliche und Ordensleute rechtlich abgesichert werden, damit sie ihre Arbeit ohne Angst vor Repressionen fortsetzen können.</p>
	<p><b>Markus Greitemann – CDU:</b></p> <p>a) Die CDU anerkennt die ethische Verantwortung der Kirchen. Sie respektiert das Kirchenasyl als Ausdruck christlicher Nächstenliebe. Gleichzeitig muss der Rechtsstaat gewahrt bleiben. Wir setzen uns dafür ein, dass das zwischen Land und Kirchen geschlossene Abkommen strikt eingehalten wird und keine Abschiebungen aus Kirchen erfolgen, solange die vereinbarten Bedingungen gelten. Einvernehmlichkeit zwischen staatlichen Stellen und kirchlichen Einrichtungen sind dabei unerlässlich.</p>



	<p>b) Das Kirchenasyl ist ein Ausdruck christlicher Barmherzigkeit, den wir hochachten. Gemeinden, Geistliche und Ordensleute, die Menschen in Not beistehen, verdienen Respekt und dürfen nicht kriminalisiert werden. Zugleich muss Kirchenasyl im Einklang mit dem Rechtsstaat stehen. Die Vereinbarungen zwischen Land und Kirchen sind strikt einzuhalten, damit staatliche Ordnung und kirchlicher Schutz nicht in Konflikt geraten. Diese Balance prägt unser demokratisches Gemeinwesen und unsere christliche Kultur.</p>
	<p><b>Heiner Kockerbeck – Die Linke:</b></p> <p>a. Wir freuen uns, dass die Kölner Diakonie mit dem Projekt „Zuflucht“ gerade einige Plätze für ein Kirchenasyl geschaffen hat. Unsere Fraktion hat mit den Trägern einen intensiven Dialog. Wir bitten alle Religionsgemeinschaften ihre Möglichkeiten ausschöpfen.</p> <p>b. Wir sind empört darüber, dass in den letzten Monaten die Polizei mehrfach in Kirchenanlagen eingedrungen ist und Geflüchtete festgenommen haben. Das verstößt gegen die Vereinbarungen mit den Bundesbehörden, die einen Schutz in Kirchen gewähren.</p>
	<p><b>Volker Görzel – FDP:</b></p> <p>Zunächst einmal gilt es festzustellen, dass die Frage einer drohenden Abschiebung eine Sache zwischen Staat und Ausreisepflichtigen ist. Bei Fällen von Kirchenasyl für von Abschiebung bedrohte Geflüchtete muss der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit angewandt werden. Durch eine frühzeitige Konsultation zwischen Kirchengemeinde und Ausländerbehörde müssen in jedem einzelnen Fall von Kirchenasyl die rechtlichen Handlungsspielräume sorgfältig geprüft werden. Die Frage der Strafverfolgung oder Kriminalisierung liegt nicht im Zuständigkeitsbereich kommunaler Mandatsträger, sondern bei den zuständigen Ordnungs- und Strafverfolgungsbehörden.</p>
	<p><b>Inga Feuser – Gut &amp; Klimafreunde:</b></p> <p>a) Kirchenasyl respektieren</p> <p>Wir bekennen uns klar zum Kirchenasyl und fordern die Einhaltung der Vereinbarungen zwischen Land und Kirchen.</p> <p>b) Keine Kriminalisierung</p> <p>GUT &amp; KLIMA FREUNDE verurteilen die Kriminalisierung von Kirchen, Gemeinden und Geistlichen, die Schutz gewähren.</p>
	<p><b>Torsten Burmester – SPD:</b></p> <p>Kirchenasyl ist ein humanitäres Instrument, das in Einzelfällen Schutz vor einer drohenden Abschiebung bietet. Wir respektieren diese Praxis und wollen den Dialog zwischen Kirchen, Verwaltung und Bundesbehörden fortführen, um einvernehmliche Lösungen zu finden. Eine Kriminalisierung von Kirchenasyl lehnen wir ab.</p>
	<p><b>Lars Wolfram – Volt:</b></p> <p>Kirchenasyl bietet in besonderen Einzelfällen Schutz vor drohenden menschenrechtswidrigen Abschiebungen und zielt darauf ab, individuelle Härtefälle noch einmal überprüfen zu lassen und nicht, um den Rechtsstaat auszuhebeln.</p> <p>Wir setzen uns daher dafür ein, dass das zwischen Kirchen und dem Land NRW vereinbarte Verfahren zum Kirchenasyl eingehalten wird und keine Abschiebungen aus Kirchen heraus erfolgen. Ebenso treten wir klar dafür ein, dass Gemeinden, Geistliche und Ordensleute nicht kriminalisiert werden, wenn sie Menschen in existenzieller Not Schutz gewähren. Der Raum der Kirche muss als Ort der Humanität respektiert bleiben.</p>



	<p><b>Hans Mörtter – parteilos:</b></p> <p>a) Kirchenasyl ist Ausdruck gelebter Verantwortung. Ich werde es aktiv schützen und sicherstellen, dass Abkommen zwischen Land und Kirchen eingehalten werden.</p> <p>b) Gemeinden und Geistliche dürfen nicht kriminalisiert werden, wenn sie Schutz gewähren. Sie handeln im Geist der Menschenwürde.</p>
	<p><b>Roberto Campione – Kölner StadtGesellschaft:</b></p> <p>Die Wählergruppe erkennt das Kirchenasyl als ethisch legitim an und spricht sich gegen Kriminalisierung der Unterstützerinnen und Unterstützer aus. Sie pocht auf Einhaltung bestehender Abkommen zum Kirchenasyl.</p>
	<p><b>Heike Herden – Partei des Fortschritts:</b></p> <p>10 a) Kirchenasyl ist eine Gewissensentscheidung und ein Schutzraum. Das vereinbarte Verfahren mit den Kirchen sollte respektiert werden.</p> <p>10 b) Gemeinden und Seelsorger leisten hier verantwortliche Arbeit. Eine Kriminalisierung würde Vertrauen zerstören und hilft niemandem. Kooperation ist der richtige Weg.</p>

### Frage 11: Kommunale Spielräume behalten

Die Landesregierung hat im Juni 2025 angekündigt, die Zentrale Ausländerbehörden zu stärken und Abschiebungen künftig zu zentralisieren, eine Pilotphase ist ab 2026 geplant. Es ist daher zu erwarten, dass Kölns Zentrale Ausländerbehörde (ZAB) weiter wächst, mehr Abschiebungen koordiniert und der kommunale Ermessensspielraum bei Abschiebungen sinkt.

- a) Wie bewerten Sie die zunehmende Zentralisierung von Abschiebungen in NRW und die wachsende Rolle der ZAB Köln dabei?
- b) Wie verträgt sich diese Entwicklung mit dem Selbstverständnis Kölns als „Sicherer Hafen“ und der Ausländerbehörde als Willkommensbehörde?

	<p><b>Berivan Aymaz – Die GRÜNEN</b></p> <p>a) Als GRÜNE setzen wir uns auf allen Ebenen dafür ein, dass Rückführungen rechtsstaatlich, transparent und unter Achtung der Menschenwürde erfolgen. Das gilt unabhängig davon, ob sie kommunal oder künftig stärker zentral organisiert werden. Wenn auf Landesebene eine stärkere Bündelung geplant ist, erwarten wir, dass humanitäre Aspekte, individuelle Härtefälle und der Schutz vulnerabler Personen weiterhin in vollem Umfang berücksichtigt werden – auch im Rahmen einer zentralen Struktur. Entscheidend ist für uns, dass dabei die Kommunen weiterhin eingebunden bleiben und kommunale Ermessensspielräume nicht ausgehöhlt werden. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die ZAB Köln auch künftig transparent arbeitet, menschenrechtliche Standards achtet und eng mit Beratungsstellen, zivilgesellschaftlichen Organisationen sowie der kommunalen Integrationslandschaft zusammenarbeitet.</p> <p>b) Diese Entwicklung steht im klaren Widerspruch zum Selbstverständnis Kölns als „Sicherer Hafen“ sowie zur Vision der Ausländerbehörde als Willkommensbehörde. Wir GRÜNE in Köln setzen uns daher dafür ein, dass die kommunale Ausländerbehörde auch weiterhin ihre wichtige Rolle als Anlaufstelle für Schutz, Beratung und Integration wahrnimmt, statt zu einer rein abschiebenden Behörde zu werden. Die Zentralisierung und Verschärfung von Abschiebungen durch die Zentrale Ausländerbehörde reduziert den Handlungsspielraum der Kommunen und erschwert individuelle, humane Entscheidungen. Dies konterkariert das Ziel, Köln als Ort des Bleibens und der Teilhabe zu gestalten. Deshalb fordern wir auf Landes- und Bundesebene, die kommunalen Handlungsspielräume zu erhalten, Abschiebungen restriktiv und mit größter Sorgfalt durchzuführen und die Prinzipien von Menschlichkeit und Willkommenskultur nicht zu untergraben.</p>
---	--



	<p><b>Markus Greitemann – CDU:</b></p> <p>a) Die rechtsstaatliche und ordnungsgemäße Durchführung von Abschiebungen ist unabdingbar. Eine gewisse Zentralisierung kann dabei organisatorische Vorteile bringen, etwa durch die Bündelung von Fachkräften und die Standardisierung von Abläufen. Gleichzeitig darf jedoch nicht außer Acht gelassen werden, dass die Stadt Köln vor Ort über detaillierte Kenntnisse der Lebenswirklichkeit von Geflüchteten verfügt. Jeder Einzelne bringt individuelle Geschichten, soziale Netzwerke und häufig auch schulische oder berufliche Integration mit. Ein praktisches Beispiel zeigt die Relevanz: Ein jugendlicher Geflüchteter, der seit mehreren Jahren eine Schule in Köln besucht, kann nicht wie eine anonyme Akte behandelt werden. Um Ermessensspielräume zu wahren und Härtefälle sachgerecht zu berücksichtigen, ist daher eine enge Einbindung der kommunalen Verwaltungen erforderlich. Zentralisierung darf nicht dazu führen, dass diese lokale Expertise ignoriert werden.</p> <p>b) Köln versteht sich als „Sicherer Hafen“ und verpflichtet sich zu einer humanitären Aufnahme von Geflüchteten. In diesem Kontext übernimmt die Ausländerbehörde nicht nur die Vollzugsaufgaben, sondern agiert zugleich als Partnerin bei der Integration. Sie begleitet Geflüchtete durch Beratungsangebote, unterstützt beim Zugang zu Bildung und vermittelt Sprachkurse. Eine ausschließlich zentralisierte Abschiebepaxis droht diesen integrativen Ansatz zu untergraben, da individuelle Lebenslagen und soziale Bindungen vor Ort weniger berücksichtigt werden könnten.</p>
	<p><b>Heiner Kockerbeck – Die Linke:</b></p> <p>a. Wir befürchten, dass die Abschiebungen zunehmen werden. Es gab aber auch Widerstand dagegen. Man muss alle rechtlichen, aber auch moralischen Gründe nutzen Abschiebungen zu verhindern.</p> <p>b. Wir sehen das Bündnis „Sichere Häfen“ als moralische Instanz Geflüchtete aufzunehmen und Abschiebungen zu verhindern.</p>
	<p><b>Volker Görzel – FDP:</b></p> <p>a) Die Zentralisierung von Abschiebungen ist eine Entscheidung auf Landesebene. Für uns gilt: Recht und Gesetz müssen verlässlich umgesetzt werden. Dazu gehört auch, dass Menschen, die kein Bleiberecht haben, Deutschland wieder verlassen. Wenn die ZAB Köln hierbei eine größere Rolle spielt, dann muss das professionell, rechtsstaatlich und mit klaren Standards erfolgen. Entscheidend ist für uns, dass die Verfahren transparent sind und nicht die Kommune zusätzlich überlasten.</p> <p>b) Köln ist eine weltoffene Stadt, und daran halten wir fest. Weltoffenheit und Rechtsstaat widersprechen sich nicht. Wer eine Bleibeperspektive hat, soll hier willkommen sein und Unterstützung erhalten – das ist Aufgabe einer modernen Ausländerbehörde.</p>
	<p><b>Inga Feuser – Gut &amp; Klimafreunde:</b></p> <p>a) Zentralisierung kritisch bewertet</p> <p>Wir lehnen die Zentralisierung von Abschiebungen ab, da sie kommunale Handlungsspielräume gefährdet.</p> <p>b) Widerspruch zum Selbstverständnis Kölns</p> <p>GUT &amp; KLIMA FREUNDE sehen in dieser Entwicklung einen Widerspruch zur Kölner Linie als Sicherer Hafen. Wir wollen die kommunale Verantwortung bewahren.</p>
	<p><b>Torsten Burmester – SPD:</b></p> <p>Die kommunalen Handlungsmöglichkeiten in der Flüchtlings- und Migrationspolitik sind für Köln unverzichtbar. Wir wollen sie gegen Eingriffe von Landes- oder Bundesebene verteidigen und uns dafür einsetzen, dass Städte weiterhin eigenständig Aufnahmeentscheidungen treffen können. Netzwerke wie das „Bündnis Städte Sicherer Häfen“ werden wir aktiv unterstützen und ausbauen, um gemeinsam Druck für eine humane Politik zu machen. Wir setzen uns dafür ein, dass der Flüchtlingsrat auskömmlich finanziert wird, um die Flüchtlingsberatung sowie Flüchtlings-Begleitung sicherzustellen.</p>



	<p><b>Lars Wolfram – Volt:</b></p> <p>a) Die angekündigte Zentralisierung der Ausländerbehörden soll Kommunen entlasten und Prozesse effizienter gestalten – das ist grundsätzlich zu begrüßen. Gleichzeitig erwarten wir, dass die Kommunen nicht ausgeschlossen werden und die Zentrale Ausländerbehörde mit ausreichenden personellen und finanziellen Ressourcen ausgestattet wird. Die geplante Pilotphase ab 2026 muss nun zeigen, welche Vor- und Nachteile eine Zentralisierung mit sich bringt.</p> <p>b) Die Ausländerbehörde bleibt eine Ordnungsbehörde, auch wenn wir die Entwicklung hin zu einer Willkommensbehörde ausdrücklich begrüßen und unterstützen. Das Spannungsfeld zwischen ordnungsrechtlichem Auftrag und dem Selbstverständnis Kölns als „Sicherer Hafen“ birgt sicherlich Konfliktpotenzial, aber viele Prozesse befinden sich noch im Wandel. Für Volt steht aktuell im Vordergrund, dass die Abläufe innerhalb der Ausländerbehörde effizient organisiert sind, Menschen zeitnah Termine und Dokumente erhalten und insgesamt serviceorientiert gearbeitet wird.</p>
	<p><b>Hans Mörtter – parteilos:</b></p> <p>a) Die Zentralisierung von Abschiebungen schwächt die kommunale Verantwortung. Ich halte das für den falschen Weg.</p> <p>b) Diese Entwicklung widerspricht dem Selbstverständnis Kölns als „Sicherer Hafen“. Köln braucht Handlungsspielräume, um human zu handeln.</p>
	<p><b>Heike Herden – Partei des Fortschritts:</b></p> <p>11 a) Gute Integration braucht Nähe und Entscheidungsspielräume vor Ort. Zentralisierung darf diese Möglichkeiten nicht schmälern.</p> <p>11 b) Köln bleibt Sicherer Hafen und die Ausländerbehörde eine Willkommensbehörde. Die Aufgaben der ZAB Köln sollten klar begrenzt und transparent sein. So bleibt die Praxis menschlich und berechenbar.</p>

### Frage 12: Freiwilliges Engagement fördern

Köln hat eine lebendige Willkommenskultur, die eng mit Verwaltung und Politik vernetzt ist. Diese wertvolle Ressource ist durch geplante Kürzungen in der Ehrenamtsförderung bedroht.

- a) Wie stellen Sie langfristig sicher, dass das Ehrenamt in der Geflüchtetenarbeit durch eine finanzielle Absicherung fortbestehen kann? Wie wollen Sie z.B. eine Förderung sicherstellen, die den Wegfall des Landesprogramm KOMM-AN-NRW ausgleicht?
- b) Wie überführen Sie den AK 9plus und andere Ehrenamtskoordinationen in eine verlässliche Finanzierung?

	<p><b>Berivan Aymaz – Die GRÜNEN</b></p> <p>a) Ehrenamtliches Engagement ist eine unverzichtbare Säule der lebendigen Willkommenskultur Kölns. Wir schätzen die Arbeit der vielen Menschen, die sich mit großem Einsatz für Geflüchtete einsetzen, sehr. Gleichzeitig sind uns die Herausforderungen bewusst, die sich durch das Auslaufen von Landesprogrammen wie KOMM-AN-NRW ergeben. Deshalb setzen wir uns dafür ein, gemeinsam mit allen Beteiligten Wege zu finden, wie das Ehrenamt in der Geflüchtetenarbeit auch langfristig unterstützt und gestärkt werden kann.</p> <p>b) Der Arbeitskreis 9plus und andere Ehrenamtskoordinationen sind unverzichtbare Schnittstellen für Vernetzung und Beratung. Wir sehen großen Wert darin, diese Strukturen zu erhalten und weiterzuentwickeln. Uns ist wichtig, dass die Arbeit dieser Koordinationen auch zukünftig verlässlich stattfinden kann. Dafür wollen wir im Austausch mit Verwaltung, Politik und Ehrenamtlichen passende Lösungen erarbeiten.</p>
---	---



	<p><b>Markus Greitemann – CDU:</b></p> <p>a) Ehrenamtliches Engagement stärkt den sozialen Zusammenhalt. Vor diesem Hintergrund ist es für die Stadt Köln von zentraler Bedeutung, diese Ressource langfristig abzusichern. Parallel dazu soll die Kooperation mit freien Trägern und Vereinen intensiviert werden, um zusätzliche Kräfte zu mobilisieren, ohne dass Ehrenamtliche durch übermäßige Bürokratie belastet werden. Fortbildung und Beratung bilden weitere wichtige Bausteine, um das ehrenamtliche Engagement dauerhaft zu stärken. Ein tragfähiges Netzwerk ehrenamtlicher Arbeit ist unverzichtbar, damit Köln einerseits sicherstellen kann, dass Geflüchtete schnell Zugang zu Beratung, Sprachkursen, Alltagsbegleitung und Bildungsangeboten erhalten und andererseits, dass Ehrenamtliche diese Unterstützung verlässlich leisten können.</p> <p>b) Die Arbeit des AK 9plus und weiterer Ehrenamtskoordinationen ist unverzichtbar für die Integration in unserer Stadt. Wir streben eine enge Zusammenarbeit zwischen Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft an, um Ressourcen gut einzusetzen. So gewährleisten wir, dass das Ehrenamt auch künftig langfristig wirken kann.</p>
	<p><b>Heiner Kockerbeck – Die Linke:</b></p> <p>a. Die Linke hat in den Haushaltsberatungen sehr energisch und erfolgreich die Mindeststandards verteidigt. Wir werden dies auch in Zukunft tun. Wir wollen dieses „Leuchtturmprojekt“ unbedingt verteidigen und haben darum viele Jahre gekämpft.</p> <p>b. Vieles wird von den neuen Mehrheiten im Rat, aber auch dem/der Oberbürgermeister/in abhängen. Darüber werden Fakten geschaffen. Auch wie stark Die Linke im Rat vertreten sein wird. Wir würden gerne weiterhin mit Ihnen und der Kölner Stadtgesellschaft für die verhältnismäßig ordentlichen Standards kämpfen.</p>
	<p><b>Volker Görzel – FDP:</b></p> <p>Jeder Euro, der für das Ehrenamt ausgegeben wird, zahlt sich aus – auch ökonomisch. Daher stehen wir für eine auskömmliche Finanzierung vom Ehrenamt in der Geflüchtetenarbeit.</p>
	<p><b>Inga Feuser – Gut &amp; Klimafreunde:</b></p> <p>a) Ehrenamt finanziell absichern</p> <p>Wir fordern eine verstetigte Förderung des Ehrenamts – insbesondere durch städtische Mittel als Ausgleich für auslaufende Landesprogramme wie KOMM-AN-NRW.</p> <p>b) AK 9plus sichern</p> <p>GUT &amp; KLIMA FREUNDE befürworten eine dauerhafte Finanzierung von Ehrenamtskoordinationen wie AK 9plus als essenzielle Säule der Geflüchtetenarbeit.</p>
	<p><b>Torsten Burmester – SPD:</b></p> <p>Das Engagement der vielen Ehrenamtlichen in Köln ist ein Grundpfeiler für Integration und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir wollen bürokratische Hürden abbauen, Fördermittel sichern und Anerkennungskultur stärken – etwa durch einen städtischen Ehrenamtspreis, Vergünstigungen im ÖPNV oder bevorzugte Raumnutzung. Migrant:innenorganisationen, Willkommensinitiativen und interkulturelle Vereine werden gezielt gefördert, um ihre wichtige Arbeit fortzuführen und auszubauen.</p>
	<p><b>Lars Wolfram – Volt:</b></p> <p>Das ehrenamtliche Engagement in der Geflüchtetenarbeit ist unverzichtbar und ein zentraler Pfeiler in der Kölner Stadtgesellschaft. Es ergänzt die kommunale Arbeit nicht nur wirkungsvoll, sondern vervielfacht den Nutzen jeder eingesetzten Euros. Köln ist auf dieses Engagement angewiesen und profitiert von der engen, vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen Haupt- und Ehrenamt. Volt</p>



	wird sich in den kommenden Haushaltsberatungen dafür stark machen, bestehende Förderungen zu erhalten und auszubauen.
	<p><b>Hans Mörtter – parteilos:</b></p> <p>a) Ohne Ehrenamt gäbe es keine Willkommenskultur. Deshalb will ich eine verlässliche, langfristige Finanzierung sicherstellen, auch wenn Landesprogramme wie KOMMAN-NRW wegfallen.</p> <p>b) Strukturen wie AK 9plus oder Ehrenamtskoordinationen müssen in eine dauerhafte, kommunale Finanzierung überführt werden. Ehrenamt ist keine Kür – es ist Basis unserer Gesellschaft.</p>
	<p><b>Roberto Campione – Kölner StadtGesellschaft:</b></p> <p>Eine zentrale städtische Ehrenamtsstruktur und eine verlässliche, mehrjährige Finanzierung der Ehrenamtskoordination (wie AK 9plus) sind Kernforderungen. Das Engagement in der Geflüchtetenarbeit wird kommunal garantiert, auch über mögliche Förderausläufe hinaus.</p> <p>Eine zentrale städtische Ehrenamtsstruktur und eine verlässliche, mehrjährige Finanzierung der Ehrenamtskoordination (wie AK 9plus) sind Kernforderungen. Das Engagement in der Geflüchtetenarbeit wird kommunal garantiert, auch über mögliche Förderausläufe hinaus.</p>
	<p><b>Heike Herden – Partei des Fortschritts:</b></p> <p>12 a) Ehrenamt trägt einen großen Teil des Zusammenhalts in Köln. Verlässliche, langfristige Förderung und ein Ausgleich für weggefallene Programme wie Komm An NRW geben Initiativen Planungssicherheit. Ich möchte, dass Engagement nicht am Geld scheitert.</p> <p>12 b) Netzwerke wie AK 9plus verbinden Menschen, Ideen und Hilfe. Eine dauerhafte Finanzierung mit guter Koordination, Qualifizierung und digitaler Vernetzung stärkt diese wertvolle Arbeit. So bleibt Unterstützung dort stark, wo sie gebraucht wird.</p>

Die Antworten zu den einzelnen Fragen gibt es auch unter den folgenden Links

[Frage 1:](#) Migration als Teil von Köln gestalten

[Frage 2:](#) Aufnahmepolitik weiterentwickeln

[Frage 3:](#) Ausländerbehörde (ABH): Funktionieren und Funktion als Willkommensbehörde

[Frage 4:](#) Bleibeperspektiven schaffen

[Frage 5:](#) Ausbildung und Arbeit ermöglichen

[Frage 6:](#) Spracherwerb fördern

[Frage 7:](#) Kita-Plätze schaffen

[Frage 8:](#) Menschenwürdige Versorgung unterstützen (Bsp. Gesundheit, Bezahlkarte, Wohnen)

[Frage 9:](#) Abschiebungen: Ermessensspielräume und Schutznormen beachten

[Frage 10:](#) Kirchenasyl schützen

[Frage 11:](#) Kommunale Spielräume behalten

[Frage 12:](#) Freiwilliges Engagement fördern

